SN-Nr.	Anregungen/Bedenken/Hinweise	Status	Antwort/Handlung/Begründung
5.01-01	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.01-02	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.01-03	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.01-04	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.01-05	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.01-06	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.01-07	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). *(Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)*	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.

5.01-08	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.01-09	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.01-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.01-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.

5.01-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.01-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.01-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.01-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.01-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.

5.01-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.01-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.01-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.01-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.01-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.01-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.01-23	Anlage 1 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.01-24	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.01-25	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.

5.01-26	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.
5.01-27	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.01-28	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.

5.01-29	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.
5.01-30	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.01-31	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.
5.01-32	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.01-33	Anlage 2 (Die Anlage 2 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.01-34	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.01-35	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.02-01	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.02-02	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.02-03	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.02-04	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.02-05	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.02-06	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.

5.02-07	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.02-08	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.02-09	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.

5.02-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.02-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.02-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.02-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.

5.02-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.02-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.02-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.02-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.02-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.02-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.02-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.02-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.02-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.02-23	Anlage 1 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.02-24	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.02-25	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.
5.02-26	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.

5.02-27	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.02-28	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.
5.02-29	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.

5.02-30	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.02-31	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.
5.02-32	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.02-33	Anlage 2 (Die Anlage 2 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.

5.02-34	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.02-35	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.03-01	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.03-02	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.03-03	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.03-04	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.03-05	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.03-06	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.

5.03-07	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.03-08	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.03-09	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.

5.03-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.03-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.03-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.03-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.

5.03-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.03-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.03-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.03-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.03-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.03-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.03-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.03-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.03-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.03-23	Anlage 1 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.03-24	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.03-25	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.
5.03-26	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.

5.03-27	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.03-28	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.
5.03-29	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.

5.03-30	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.03-31	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.
5.03-32	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.03-33	Anlage 2 (Die Anlage 2 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.03-34	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.

5.03-35	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.04-01	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.04-02	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.04-03	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.04-04	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.04-05	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.04-06	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.04-07	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.

5.04-08	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.04-09	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.04-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.04-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.

5.04-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.04-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.04-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.04-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.04-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.

5.04-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.04-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.04-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.04-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.04-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.04-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.04-23	Anlage 1 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.04-24	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.

5.04-25	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.
5.04-26	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.
5.04-27	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.04-28	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.
5.04-29	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.
5.04-30	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.

5.04-31	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.
5.04-32	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.04-33	Anlage 2 (Die Anlage 2 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.04-34	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.04-35	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.05-01	<u>1 Vorbemerkung</u> Bisher wurde von mir die Stellungnahme zum vorhabensbezogenen Bebauungsplan „Außenhalde Mulkwitz-West“ eingereicht. Aufgrund vergleichbarer Sachverhalte sind in der vorliegenden Stellungnahme vergleichbare Textpassagen enthalten. Ich bitte jedoch zu beachten, dass die Texte für die konkrete Situation angepasst sind und folglich nicht identische sind. Durch Planer und Gemeindeverwaltung ist ein genaues Durcharbeiten erforderlich.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.05-02	2 Gesamtbewertung: Ablehnung des Bebauungsplanes Da die gesamte Begründung für diesen B-Plan auf die Lage am Schienenweg in Verbindung mit den angeblichen Konversionsflächen fußt, lehne ich den Bebauungsplan in der Gesamtheit ab. Die Begründung der Ablehnung ist in Gesamtheit in den folgenden Kapiteln zu finden. Der Hauptgrund der Ablehnung ist im Abschnitt 4.10 „Nutzungseignung“ formuliert. Da diese Ablehnung durch die zuständigen Gremien vermutlich nicht vollzogen wird, nehme ich im Folgenden vorsorglich zu den einzelnen Inhalten des B-Planes (Teil A, B und C) Stellung. Im weiteren B-Plan-Verfahren sind diese Hinweise und Forderungen entsprechend durch die Planungsträger zu bearbeiten.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.05-03	3 Übergreifende Aspekte und Planungen Jeder der ab 01.11.2021 ausgelegten Bebauungspläne (Vorentwurf) erweckt den Eindruck, dass er isoliert voneinander zu behandeln ist. Erforderliche übergreifende Planungen sind nur teilweise erwähnt. Wesentliche Planungsschritte fehlen bisher.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die einzelnen Bebauungspläne repräsentieren jeder für sich ein einzelnes Planvorhaben und ein einzelnes Planverfahren. Demzufolge ist auch eine individuelle Betrachtung und Bearbeitung notwendig. Allerdings stehen die drei Planvorhaben in räumlichen Zusammenhang. Das wird im weiteren Planverfahren in der Begründung konkretisiert.
5.05-04	3.1 Forderung: Flächennutzungsplan Die wichtigste fehlende Planungsunterlage ist der Flächennutzungsplan der Verwaltungsgemeinschaft Schleife / Groß Düben / Trebendorf und der zugehörige unselbständige Landschaftsplan für dieses Gebiet. Mit diesen Plänen wären viele Fragen der Auswirkungen auf Umwelt und Landschaft zu beantworten. Derzeit ist keine verbindende Beurteilung möglich. Seit 2007 besteht der Beschluss, diese übergreifende Planung zu erstellen. Forderung: Diese noch fehlenden Pläne (Flächennutzungsplan zuzüglich Landschaftsplan) sind im Parallelverfahren, eventuell als Teil-FNP, zu erstellen und zu genehmigen, bevor die B-Pläne beschlossen werden. Ohne diese Betrachtungs- und Beurteilungsweise wird befürchtet, dass die Naturräume im Bereich der Halden „Mulkwitzer Hochkippen“ und Umgebung zu großen Teilen in den nächsten Jahren beseitigt werden.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Flächennutzungsplan wird gegenwärtig erstellt. Die Frühzeitige Beteiligung wurde im Jahr 2013 durchgeführt. Eine weitere Entwicklung des Flächennutzungsplanes war aufgrund überörtlicher Belange, wie der Änderung des Revierkonzeptes der LEAG sowie geänderter politischer Ziele zur Verwendung von fossilen Rohstoffen nicht möglich. Die weitere Entwicklung des Flächennutzungsplanes sowie weiterer gemeindlicher Zielformulierungen, wie Dorfentwicklungskonzepte werden in der Begründung konkretisiert. Bebauungspläne können auch ohne Flächennutzungsplan erstellt werden. Für den vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplan würde dies aufgrud dringender Gründe gemäß § 8 Abs. 4 BauGB erfolgen. Die dringenden Gründe für die Erstellung des vorliegenden, vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ergeben sich anhand dem Bedarf zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dieser wird gemäß des "Entwurfes eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor" 04/2022 maßgeblich unterstützt. Dieser sieht gemäß § 2 den vorrangigen Ausbau der Erneuerbaren Energien aufgrund eines überragenden öffentlichen Interesses und Gegenstand der nationalen Sicherheit vor. Es wird ein Anteil der erneuerbaren Energien von 80 % an der Stromversorgung im Jahr 2030 beabsichtigt. Der hier dargelegte Sachverhalt wird in die Begründung mit aufgenommen.

5.05-05	3.2 Forderung: Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) Die notwendige Prüfung über die Anwendung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG, 18.03.2021) wird ignoriert. Es wird von vorneherein gar nicht geprüft, ob es anzuwenden ist. In der Argumentation wird, begründet mit der Aktualität der Klimakrise, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG, 16.07.2021) vorgeschoben, um parallele andere Umweltzerstörungen zu verdecken. Das UVPG ist aber gerade 2021 neu gefasst wurden, um entsprechende EU-Richtlinien (u.a. 2014/52/EU) in deutsches Recht umzusetzen. Bei Objekten, Vorhaben und auch Plänen ist die Verträglichkeit mit der Umwelt einzuschätzen und anhand von Schutzgütern zu beurteilen. Diese Schutzgüter sind: (Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit; (Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt; (Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft; (Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter; (Die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern.	Einwand wird berücksichtigt.	Nach geltender Rechtslage ist eine Umweltprüfung im B-Plan-Verfahren obligatorisch. Die Umweltprüfung erfolgt im weiteren Planverfahren. Der Umweltbericht wird im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan erstellt. Gemäß Nr. 18.7.1 der Anlage 1 des UVPG besteht für das mit dem B-Plan vorbereitete Vorhaben eine UVP-Pflicht, da ca. 260.000 m² überbaut werden. Diese UVP wird im sich anschließenden baurechtlichen Genehmigungsverfahren durchgeführt.
5.05-06	In der Anlage 1 des UVPG sind die Objekte und Vorhaben aufgeführt, die graduell abgestuft auf ihre Umweltverträglichkeit zu untersuchen sind. Folgende darin enthaltenen Vorhaben sind für die B-Pläne relevant: -Anwendung Pkt. 18.7: Es werden Städtebauprojekte für sonstige baulichen Anlagen (das sind PV-Flächenanlagen) mit weit mehr als 10 ha errichtet, im Außenbereich (!), für die ein Bebauungsplan aufgestellt wird. In vorliegenden B-Plan beträgt die Gesamtbaufläche etwa 26 ha und die beplante Fläche etwa 83 ha (nach Angaben in textlicher Begründung). Auch im vorliegenden Plan ist die Baufläche größer als 10 ha im Außenbereich. oForderung: Für diesen B-Plan ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, im vollen Umfang, ohne Vorprüfung. Der Antragsteller müsste die Gemeinde sein, die unter Umständen wegen des Vorhabensbezogenen B-Planes diese Erstellung und Bezahlung an die Investoren weiterleiten kann.	Einwand wird berücksichtigt.	Nach geltender Rechtslage ist eine Umweltprüfung im B-Plan-Verfahren obligatorisch. Die Umweltprüfung erfolgt im weiteren Planverfahren. Der Umweltbericht wird im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan erstellt. Gemäß Nr. 18.7.1 der Anlage 1 des UVPG besteht für das mit dem B-Plan vorbereitete Vorhaben eine UVP-Pflicht, da ca. 260.000 m² überbaut werden. Diese UVP wird im sich anschließenden baurechtlichen Genehmigungsverfahren durchgeführt.
5.05-07	-Anwendung Pkt. 17.2: Es werden möglicherweise mehr als 10 ha Wald gerodet. Eine verbindliche Angabe ist der Begründung nicht zu entnehmen. Der Gesetzestext weist ausdrücklich auf „Wald im Sinne des BWaldG“ hin. Der Waldcharakter muss und könnte festgestellt werden, u. U. auch mittels FNP und Landschaftsplan. Der an die Bahnstrecke angrenzende Wald war nie Bergbaugelände, so dass hier von Wald im Sinne des Gesetzes auszugehen ist. oForderung: Wegen der Rodung von Waldflächen ist eine vollständige UVP durchzuführen. Es ist mit den Investoren zu klären, wer hier der Antragsteller ist und inwieweit mit der oben genannten UVP kombiniert werden kann. oDas vollständige Verfahren ist mit der zuständigen Umweltbehörde im Scoping-Termin zu klären.	Einwand wird berücksichtigt.	Nach geltender Rechtslage ist eine Umweltprüfung im B-Plan-Verfahren obligatorisch. Die Umweltprüfung erfolgt im weiteren Planverfahren. Der Umweltbericht wird im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan erstellt. Gemäß Nr. 17.2 der Anlage 1 des UVPG besteht für die Waldumwandlung von einer Fläche > 10 ha eine UVP-Pflicht. Nach § 9 SächsWaldG soll der rechtsverbindliche Bebauungsplan die Waldumwandlungsgenehmigung ersetzen. Es wird geprüft, ob die die Voraussetzungen für eine Genehmigung der Umwandlung nach § 8 vorliegen. Die forstrechtlich erforderliche Kompensation und die Bewertung der Umweltauswirkungen sind damit vollständig im B-Plan-Verfahren abzuarbeiten. Bestandteil der frühzeitigen Beteiligung ist die Abstimmung der erforderlichen Untersuchungen einschl. Scoping. Ein zusätzlicher separater Scoping-Termin ist daher nicht erforderlich.
5.05-08	Der angekündigte Umweltbericht ist nicht ausreichend.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der Hinweis ist zu unkonkret und kann daher nicht berücksichtigt werden.

5.05-09	3.3 Hinweis: Flächen der B-Pläne bei Summenbetrachtung Dieser Abschnitt ist ein Hinweis, der die obigen Forderungen vertiefend begründet, indem eine Kumulierung der Flächen betrachtet wird. Summe der Flächen: *[Tabelle mit Summe der Fläche der drei B-Pläne "Umspannwerk Schleife, Außenhalde Mulkwitz-West und Bahnstrecke Schleife; Siehe Originaldokument]* Die Gesamtfläche beträgt rund 580 ha. Das ist ein erheblicher Eingriff in den Außenbereich. Betrachtet man die Gesamtfläche der Gemeinde von 4.187 ha (angegeben in den Bebauungsplänen), dann machen die vorliegenden und noch angekündigten B-Pläne rund 14% der Gemeindefläche aus. Es ist unverantwortlich, bei dieser gravierenden Veränderung nur über einfache B-Pläne ohne intensive weitere Überprüfungen eine Genehmigung durchsetzen zu wollen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die kumulierende Wirkung der Flächen wird im Rahmen des Umweltberichtes geprüft und das Planvorhaben bei Bedarf angepasst.
5.05-10	3.4 Aspekt des wirtschaftlichen Drucks An verschiedenen Stellen des Vorentwurfs wird wirtschaftlicher Druck aufgebaut. Wegen der Investitionsabsicht eines privaten Investors in Kopplung mit der Sicherung der Energieversorgung unter den Bedingungen der Klimakrise müsse dem Vorhaben schnell zugestimmt werden. Ich als Stellungnehmender sage: Nein. Kein Druck! In einem Leitfaden in Baden-Württemberg sieht man das offensichtlich etwas differenzierter, nicht nur mit rein wirtschaftlichen Erfordernissen begründet (Leitfaden, 01.09.2019): „Die Rechtsprechung fordert dabei auch für Anlagen der öffentlichen Versorgung *[Fußnote:]* (Hierunter kann man zweifellos auch die Elektrizitätserzeugung für die Öffentlichkeit verstehen. Ansonsten wird der Bau von Solaranlagen im Außenbereich noch schwieriger.) deren Ortsgebundenheit. Dies setzt insbesondere voraus, dass die Anlage nach ihrem Gegenstand und ihrem Wesen nur an der fraglichen Stelle betrieben werden kann• Wirtschaftlichkeits- oder Praktikabilitätserwägungen reichen dabei nicht aus. Erforderlich ist vielmehr, dass der Betrieb der Anlage auf die geographische oder geologische Eigenart des Standorts angewiesen ist, weil er an einem anderen Ort seinen Zweck verfehlen würde." Dieser Grundsatz ist bei der Auswahl von Standort-Alternativen unbedingt zu beachten (siehe auch Abschnitt 4.5).	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.05-11	3.5 Flächenentwicklung der Gemeinde Schleife und Umgebung unter bergbaulichen Aspekt Gemäß des Braunkohleplanes von 2014 ist ab Abbauständen bei Trebendorf damit zu rechnen, dass bald die ersten Konturen für den Endsee des Tagebaus geschaffen werden müssen. Wegen des mehrmals geänderten Revierkonzepts der LEAG (Ursache ist Kohleausstieg 2038 oder früher!) liegen noch keine Vorplanungen vor. Die bisher nicht diskutierte Folge ist jedoch, dass für die spontane (Flucht, Ausweichen, Sukzession) und geplante Umsiedlung von Pflanzen und Tieren keine Landflächen aus der Tagebaurekultivierung kommen werden, weil sie nach langem Offenstand später zu Wasserflächen werden. Für biologische Landarten wird der Raum enger, weil weitere Abgrabungen stattfinden. Zusätzlich werden eine bereits neu geschaffene „Ersatzfläche“, nämlich die Mulkwitzer Kippen und die natürlich vorhandenen Naturräume reduziert. Dieser Umgang mit der Natur ist unverantwortlich und dient auch nicht dem Klimaschutz, wie leider oft „vorgegaukelt“.	Einwand wird berücksichtigt.	Kumulierende Wirkungen werden im zu erstellenden Umweltbericht ermittelt und bewertet. Eine konkrete Bewertung der Ausgleichsmaßnahmen des Tagebaus ist nicht Bestandteil der Untersuchungen. Bisher ist nicht bekannt, dass die geplante B-Planfläche als Kompensationsfläche des Bergbautreibenden überplant ist. Der Hinweis wird geprüft.

5.05-12	3.6 Forderung: Schutzgebiete für Natur und Landschaft Wesentliche Informationen entstammen dem sächsischen Fachinformationssystem IDA (LfULG, 2021). Unmittelbar im Norden grenzt an den Geltungsberiech des B-Planes und der Baufläche das Naturschutzgebiet (NSG) Schleife (Kataster-Nr. D 79 in Sachsen) an. Mit diesem „Grenzkonflikt“ wird sich in der Begründung nicht befasst. Deswegen muss ich hier diese Informationen einschieben: Dieses Gebiet wird direkt eingeschnürt vom B-Plan „PVA Schleife“ und „PVA Umspannwerk“. Auch das ist in einer UVP einzuschätzen und eigentlich unzulässig. Das NSG ist in [(LfULG, 2008), S. 194 f.] kurz beschrieben. Als Schutzzweck ist angegeben: „Erhaltung eines alten, für die Muskauer Heide typischen und lokal einst verbreiteten Kiefern-Wald-Ökosystems mit seinen Arten als Folge historischer degenerativer Waldnutzung (Waldweide, Streunutzung). Sicherung und Beobachtung der natürlichen Entwicklung eines Bestandteils mit Prozessschutz“ im Kern des NSG. Hervorgegangen aus den Waldflächen der Standesherrschaft Muskau, ab 1924 (noch Standesherrschaft) wurde hier naturnahe Waldwirtschaft betrieben nach dem Dauerwaldprinzip (ohne Kahlschlag, mit Naturverjüngung). Ab 1964 wurde eine Kernfläche von 10 ha gesichert. 1981 auf 37 ha, 2007 auf 52 ha erweitert. Man sieht den Zusammenhang mit dem Aufbau des Energiekomplexes Boxberg (KW Boxberg, Tagebau Nochten, Umspannwerk Graustein, Freileitungssysteme), falls man historische Kenntnisse hat. Jetzt besteht die Gefahr, dass man stellenweise Schutzsysteme, die bereits zu DDR-Zeiten entstanden sind, gefährdet. Die Umweltbetrachtung (UVP) muss den Sachverhalt des FFH-Gebietes Weißer Berg und des NSG Schleife berücksichtigen und bewerten sowie die Korridore entlang des Schienenweges in der Wirkung untersuchen. Die UVP und eventuell andere Umweltberichte müssen die Anlieger-Gemeinden Spreetal und Spremberg (Land Brandenburg) einschließen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden im Zuge der Aufstellung der Artenschutzrechtlichen Prüfung und Erstellung des Umweltberichtes die Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft. Eine gemeindeübergreifende Betrachtung ist nur dann erforderlich, wenn Umweltauswirkungen bei Umsetzung der Festsetzungen des B-Plans unter Berücksichtigung von kumulierenden Wirkungen über die Gemeindgrenze nicht ausgeschlossen sind. Diese Prüfung wird dokumentiert. Die Prüfung der Beeinträchtigung von Schutzgebieten erfolgt jeweils bezogen auf das gesamte Schutzgebiet. Eine grundsätzliche gemeindübergreifende Auswirkungsbetrachtung ist nicht erforderlich.

5.05-13	4 Stellungnahme zu der textlichen Begründung (Teil C) 4.1 Hinweis: Planerfordernis und Zielsetzung (Abschnitt 1) Es wird der § 1 Abs. 6 Nr. 7f des BauGB zitiert. Die verständlicherweise gekürzte Widergabe führt zu falschen Eindrücken beim Leser. Der Sinn der Aussage ist zu korrigieren hinsichtlich der umfangreichen gleichrangigen Belange: § 1 Abs. 6 Nr.7. Zu berücksichtigen sind „die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere ·a) die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt, ·b) die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes, ·c) umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt, ·d) umweltbezogene Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter, ·e) die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern, ·f) die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie, ·g) die Darstellungen von Landschaftsplänen sowie von sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechts, ·h) die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von Rechtsakten der Europäischen Union festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden, ·i) die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes nach den Buchstaben a bis d, ·j) unbeschadet des § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, die Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, auf die Belange nach den Buchstaben a bis d und i, ..."	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Alle Punkte des §1 Abs. 6 Nr. 7 werden im Verlauf des Verfahrens berücksichtigt, sowohl in den Planunterlagen des Bebauungsplans als auch in seinen Begleitdokumenten.
5.05-14	Das lange Zitat aus ((BauGB), 2021) ist erforderlich, um den hohen und konfliktreichen Anspruch an Bebauungspläne deutlich zu machen. Daraus lässt sich keine vorrangige Entwicklung und Bevorzugung der erneuerbaren Energien und auch keine Verpflichtung der Gemeinde dafür ableiten. Die Bedeutsamkeit der Abwägung aller Belange lese ich daraus ab. Ich bitte diesen Umstand durchgehend in den Planungsunterlagen zu beachten.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Alle Punkte des §1 Abs. 6 Nr. 7 werden im Verlauf des Verfahrens berücksichtigt. Eine Abwägung aller Belange erfolgt entsprechend der rechtlichen Vorgaben.
5.05-15	4.2 Widerspruch: Verfahrensart ... (Abschnitt 1.1) Auf die Notwendigkeit des Flächennutzungsplanes wurde zuvor bereits hingewiesen. Das Aufeinandertreffen sich widersprechender Belange ist deutlich. Der Genehmigung des Bebauungsplanes ohne Genehmigung des FNP wird widersprochen. Die dringenden Gründe sind nicht zu akzeptieren. Es ist ein ausführliches Abwägungsverfahren zu führen mit Einbeziehung des FNP und der UVP als Mittel.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein ausführliches Abwägungsverfahren wird anhand der Anwendung der frühzeitigen Beteiligung nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB und der förmlichen Beteiligung nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB gewährleistet. Die Begleitdokumente (u.a. Artenschutzfachbeitrag ud Umweltbericht) werden zum Entwurf erarbeitet. Die dringenden Gründe für die Erstellung des vorliegenden, vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ergeben sich anhand dem Bedarf zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Das sogenannten "Osterpaketes" der Bundesregierung sieht im finalen Gesetzesentwurf, der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird, vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Es wird ein Anteil der erneuerbaren Energien von 80 % an der Stromversorgung im Jahr 2030 beabsichtigt. Der hier dargelegte Sachverhalt wird in die Begründung mit aufgenommen.

5.05-16	4.3 Hinweis: Gutachten und Fachplanungen (Abschnitt 1.2) Die Waldumwandlungserklärung müsste wegen der Größe der Rodungen eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach sich ziehen. Aus der Sache selbst (dem B-Plan) veranlasst, ist gleichsam ein UVP-Verfahren zu führen.	Einwand wird berücksichtigt.	Gemäß Nr. 17.2 der Anlage 1 des UVPG besteht für die Waldumwandlung von einer Fläche > 10 ha eine UVP-Pflicht. Nach § 9 SächsWaldG soll der rechtsverbindliche Bebauungsplan die Waldumwandlungsgenehmigung ersetzen. Es wird geprüft, ob die die Voraussetzungen für eine Genehmigung der Umwandlung nach § 8 vorliegen. Die forstrechtlich erforderliche Kompensation und die Bewertung der Umweltauswirkungen sind damit vollständig im B-Plan-Verfahren abzuarbeiten. Die Umweltprüfung ist Bestandteil des B-Plan-Verfahrens.
5.05-17	4.4 Hinweis: Abgrenzung und Größe (Abschnitt 2.1) Der Umriss des B-Planes ist mit seinem großen Waldanteil in der freien Landschaft nicht zu verstehen. Diese Größe ist zu begründen. Fraglich ist, ob dieser Wald nur weil es der hier regional typische Kiefernwald ist, im Rahmen von Kompensationsmaßnahmen aufgewertet werden muss.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Der Geltungsbereich wurde anhand ursprünglich beabsichtiger Waldausgleichsmaßnahmen sowie naturschutzrechtlicher Kompensationsmaßnahmen in der vorliegenden Form gefasst. Anhand der Kartierungen und der daraus abgeleiteten Kompensationsmaßnahmen wird der Geltungsbereich im weiteren Planverfahren geprüft und ggf. angepasst.
5.05-18	4.5 Hinweis: Lage und Topografie (Abschnitt 2.2) Die Bahnstrecke / Schienenweg verläuft zu großen Teilen in einem 2 bis 3 m tiefen Einschnitt zum umgebenden Gelände. Das Verhältnis zum B-Plan-Gebiet und zu eventuellen Einfriedungen ist zu beschreiben. Das Zusammenwirken von Schienenweg, Geländeeinschnitt, Trasse der Erdgasleitung und Baufeld ist für die Standsicherheit zu bewerten.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Beschreibung zum Zusammenwirken der einzelnen Faktoren wird in der Begründung im weiteren Planverfahren konkretisiert. Der Bedarf für einen Nachweis zur Standsicherheit ist nicht erkennbar: Die Sondergebiete PV werden auf ebenem Gelände geplant. Die Schutzstreifen zu den durch die Leitungs- udn Medienträgern eingereichten Bestandsleitungen werden in den Planungen bereits eingehalten und bei Bedarf angepasst.
5.05-19	4.6 Hinweis: Vorhandene ... Nutzungen (Abschnitt 2.3) Die Nutzungen im Plangebiet sind sehr skizzenhaft beschrieben. Beim Wald wird nur der Gedanke eines unwirtschaftlichen Waldes offeriert. Die Funktion des Waldes als Erholungswald, Fläche für Flora und Fauna wird ignoriert. Waldwiese wird nicht erwähnt. Fraglich bleibt, ob die Fahrwege für die notwendigen Baumaßnahmen ausreichend sind.	Einwand wird berücksichtigt.	Die einzelnen Sachverhalte werden im Umweltbericht berücksichtigt und in der Begründung im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan konkretisiert.
5.05-20	4.7 Hinweise und Forderungen: Standortalternativen (Abschnitt 2.4) Der Ansatzpunkt der Alternativenprüfung und der Begründung von Notwendigkeiten ist nicht zu akzeptieren. Die Gemeinde wird als Verantwortungsträger vorgeschoben. Tatsächlich ist der Ausgangspunkt das wirtschaftliche Interesse von zukünftigen Betreibern des Solarparks und von Grundstückseigentümern. Zu diesem Herangehen müsste der Gemeinderat seine Zustimmung verweigern. Die Prüfung von alternativen Plangebieten ist seriös nur machbar, wenn ein Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan vorliegt. Auch deswegen fordere ich den Flächennutzungsplan ein.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die Standortalternativenprüfung bedarf nicht zwingend eines Flächennutzungsplanes. Vielmehr ist sie anzuwenden, wenn eine Standortalternativenprüfung im Rahmen der Erstellung des Flächennutzungsplanes nicht oder nur unzureichend erfolgen konnte.
5.05-21	Die Biodiversität spielt in der Begründung keine Rolle. Die Eigentumsfrage wird für die Flächenalternative überbewertet. „Dies setzt insbesondere voraus, dass die Anlage nach ihrem Gegenstand und ihrem Wesen nur an der fraglichen Stelle betrieben werden kann; Wirtschaftlichkeits- oder Praktikabilitätserwägungen reichen dabei nicht aus.“ (Siehe hier Abschnitt 3.4 und Literatur (Leitfaden, 01.09.2019)). Zur Lösung der Energieversorgung kämen auch Flächen der LEAG in Frage. Die suggerierte Sichtweise beruht auf dem Prinzip der Alternativlosigkeit, die in der Flächenplanung nicht einfach hinzunehmen ist. Dagegen wird Natur und Landschaft keine Perspektive gegeben. Die angegebene Naturferne sowie auch die angebliche Aufwertung partieller Bereiche und der Umgebung werden in Abrede gestellt, solange der Umweltbericht nicht eindeutig dieses Ergebnis liefert. Der wirtschaftlich bestimmten Minderwertigkeit des Planungsbereiches, die dominant dargelegt wird, muss aus naturfachlicher Sicht widersprochen werden.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Kapitel zu den Standortalternativen wird anhand der Ergebnisse des Umweltberichtes sowie unter Berücksichtigung der aktuell vorliegenden Rahmenbedingungen zur Notwendigkeit von Erneuerbaren Energien im Rahmen der Stromerzeugung angepasst und konkretisiert. Die Flächen der LEAG stehen für eine Standortalternativenprüfung nicht zur Verfügung, aufgrund der nachfolgenden Gründe: Auf Flächen mit Bergrecht ist die Realsierung von baulichen Anlagen schwierig, die nicht im Betriebsplan aufgeführt sind. Zusätzlich ergeben sich Probleme durch die geotechnischen Anforderungen an den Boden, der Ausschluss von Flächen, die für Kompensationsmaßnahmen für den Tagebau vorgesehen sind und die noch ungeklärten Eigentumsverhältnisse aufgrund des noch ausstehenden Flurbereinigungsverfahrens.

5.05-22	Die dargestellte „Null-Variante“ wird als „Totschlag-Argument“ verwendet. Die Berechnung ist ominös. Unbekannt bleibt auch, welche effektive zeitliche Nutzbarkeit (Stromerzeugung) im Jahr zugrunde liegt. Ich halte dem entgegen, dass durch die Fläche der PV-Anlagen soviel an Wald und anderen Naturflächen beansprucht wird, dass die Wirkung auf Klima und Umwelt in Gegenrechnung nicht vernachlässigt werden darf.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Angaben zum energetischen Nutzwert werden in die Begründung im Rahmen des Entwurfes mit aufgenommen. Die Standorteignung und der Nachweis für ihren Nutzen wird in der Begründung konkretisiert und durch die Standortalternativenprüfung des Umweltberichtes ergänzt.
5.05-23	Der Begründung widerspreche ich vollständig. Die Gemeinde Schleife dürfte auch besonders wegen ihrer Betroffenheit bei Umweltproblemen diese Methode nicht befördern!	Einwand wird berücksichtigt.	Die Angaben zum energetischen Nutzwert werden in die Begründung im Rahmen des Entwurfes mit aufgenommen. Die Standorteignung und der Nachweis für ihren Nutzen wird in der Begründung konkretisiert und durch die Standortalternativenprüfung des Umweltberichtes ergänzt.
5.05-24	4.8 Hinweis: Raumordnung und Landesplanung (Abschnitt 3.1) In den Zitaten der übergeordneten Planungen werden viele Anforderungen, Grundsätze und Ziele beschrieben, die partiell auch in Konkurrenz zueinander stehen. Im vorliegenden Planentwurf stehen diese Punkte an verschiedenen Stellen den Planfestlegungen entgegen, ohne dass eine Abwägung aufgezeigt wird. Planerisch hat man sich gar nicht mit den übergeordneten Plänen auseinandergesetzt.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Abschnitt 3.1. wird dahingehend konkretisiert, dass der Einfluss der einzeln aufgeführten Ziele und Grundsätze sowie weitere Beeinflussungen aufgezeigt werden.
5.05-25	4.9 Hinweis: ... Schutzgebiete (Abschnitt 3.3) Schutzgebiete der Natur sind aufgezählt. Die gesamte Planung macht den Eindruck, dass keine Wechselwirkung bestehen würde. Die unmittelbare Angrenzung des Baufeldes an das NSG Schleife ist wegen Beeinträchtigung des NSG nicht zulässig. Die Planer verschwenden für diesen Konflikt keine Gedanken. Die Wechselwirkung ist jedoch im Umweltbericht und im geforderten UVP-Verfahren zu untersuchen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Umweltbericht wird die benannte Wechselwirkung zwischen dem Planvorhaben und dem Naturschutzgebiet untersuchen. Anhand der Ergebnisse werden die Planunterlagen angepasst und die Begründung konkretisiert.
5.05-26	4.10 Widerspruch: Nutzungseignung (Abschnitt 4.1) Ich habe mich eingehend mit den Gesetzestexten befasst. Wenn man streng nach den Geist der jeweiligen Gesetze und der textlichen Fassung geht, muss man der Auslegung im Planungstext widersprechen. Ich kann mir schon vorstellen, dass an manchen Ort in Deutschland diese vereinfachte, falsche Auslegung angewendet wird oder werden soll. Das muss man aber nicht auch in der Gemeinde Schleife machen. Deswegen widerspreche ich der Begründung und Eignung für PV-Anlagen als Streifen / Korridor an Schienenwegen und begründe das.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Es wird keine sachlich nachvollziehbare Argumentation zu der Aussage angeführt, dass die Gesetzesgrundlagen falsch ausgelegt worden seien. Die Fläche erfüllt den Anspruch gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 2c EEG.

5.05-27	Der hier aufgeführte Korridor, der eine prioritäre Nutzung für PV-Anlagen schaffen soll, liegt mitten in Waldgebieten. Das kann doch nicht ernsthaft gemeint sein! Die Begründung wird unten stehend unter Abschnitt 4.10.1 geführt. Man verzeihe mir die Länge, die mir bei dieser Sachlage und Konfliktlage erforderlich scheint. Ein ähnlicher Streitpunkt ist die angebliche Konversionsfläche. Im Geltungsbereich existiert solch eine Fläche nicht. Auch widerspreche ich der Anwendung des Begriffes auf die Waldfläche. Das Gelände war möglicherweise in den 1970er als Bergbaugelände für eine geplante dritte Halde vorgesehen, dann aber nicht beansprucht wurden. Falls bereits Flächen abgeholzt waren, sind diese noch zu DDR-Zeiten wieder aufgeforstet wurden. Die Topographische Karte 1:25.000 DDR-Staat (entspricht Landesverteidigung) aus den 1980 Jahren weist jedenfalls Kiefernwald aus [Quelle: (TK-50, 2008 ff)]. Die Planer gehen leichtfertig mit dem Sachverhalt der Konversion um. Hier unterstelle ich Absicht. Die Begründung ist im Abschnitt 4.10.2 dargestellt. Da die gesamte Begründung für diesen B-Plan auf die Lage am Schienenweg in Verbindung mit den angeblichen Konversionsflächen fußt, lehne ich den Bebauungsplan in der Gesamtheit ab.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Seitens des BauGB greift § 9 Abs. 1 Nr.12 BauGb für die Festsetzung der Nutzungen im B-Plan sowie die Regelung, dass PV-Anlagen nach § 35 BauGB nicht priveligiert sind und demzufolge eines B-Planes bedürfen. Aussagen zur konkreten Flächenausweisung für PV sind im BauGB nicht enthalten und werden über das geltende EEG 2021 geregelt. Der Einwand zur Konversionsfläche wird berücksichtigt. Die Fläche ist stark techogen und anthropogen überprägt. Damit ist sie gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 2c EEG für Photovoltaikfreiflächenanlagen geeignet.
5.05-28	4.10.1 Exkurs: Flächen an Schienenwegen und Autobahnen Der Ausgangspunkt dieses Abschnittes ist durch Festlegung und Begründung in einigen B-Pläne veranlasst: „Der Gesetzgeber hat zur Förderung von Photovoltaikfreiflächenanlagen im EEG verschiedene Kriterien aufgestellt, wodurch dieses Gesetz eine gewisse Lenkungswirkung ausstrahlt. Besonders geeignet sind demnach Konversionsflächen aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung. Das Plangebiet wird aufgrund der Nähe zur Bahnstrecke als eine verkehrliche Konversionsfläche eingestuft.“ „Für Solaranlagen längs von Autobahnen oder Schienenwegen wurde im EEG 2021 die Flächenkulisse ausgeweitet. Ab 2021 darf die Freiflächenanlage im sogenannten Seiten-randstreifen mit einer Breite von 200 Metern (gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn) errichtet werden. Dabei soll innerhalb dieser Entfernung ein 15 Meter breiter Korridor längs zur Trasse freigehalten werden (§ 37 Abs. 1 EEG 2021).“	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.05-29	Die in den B-Plänen aufgebaute Interpretation als Verständnis für die Bürger ist fragwürdig. Das muss in diesem Bericht deutlich gesagt werden. Im BauGB ((BauGB), 2021) ist der Gedanke mit dem Korridor entlang von Schienenwegen gar nicht enthalten, obwohl er dorthin gehören müsste. Die gesetzliche Lage ist offensichtlich auch nicht eindeutig. Deswegen führen die Entwurfsverfasser auch zusätzlich den Gedanken der Konversion ein, weil in der Vergangenheit dieser Korridor, gekoppelt an Konversionsflächen bereits im EEG eine Rolle gespielt hatte und man wenigstens ansatzweise im BauGB den Gedanken der Konversion finden kann (siehe weiter unten stehend, nur bezogen auf Finanzhilfen bei innerstädtischer Sanierung). Das Erneuerbare-Energien-Gesetz = EEG (EEG, 16.07.2021) ist ein Wirtschaftsgesetz über die Ausschreibungen von Lieferungen von Energiemengen aus erneuerbaren Energien. Selbstverständlich tangieren diese Bestimmungen die Errichtung solcher Anlagen. Aber das EEG ist nicht das vorrangige Gesetz für die Begründungen bei Flächennutzungen.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die aufgeführte Diskussion zum Anspruch an Gesetzesgrundlagen zum Thema Photovoltaik wird nicht auf der Ebene des Bebauungsplanverfahrens behandelt.

5.05-30	Würde man dem Geist der oben genannten Passagen konsequent folgen, dann würde jede Trasse (Schienenweg, Autobahn) das Land mit einem bis 500 m breiten Korridor zerschneiden. Das wäre eine fatale Folge für Natur, Landschaft und Umwelt. Zugleich wird im zitierten Gesetz das Interesse des Klima- und Umweltschutzes hervorgehoben, obwohl die Abwägung der ohne Frage bestehenden Konflikte offen bleibt. Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG, 16.07.2021): - Zweck des Gesetzes (§ 1 Abs. 1): „Zweck dieses Gesetzes ist es, insbesondere im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, fossile Energieressourcen zu schonen und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern." - Grundsätze des Gesetzes (§ 2): o(1) „Strom aus erneuerbaren Energien ... soll in das Elektrizitäts-versorgungssystem integriert werden." o„(3) Die Höhe der Zahlungen für Strom aus erneuerbaren Energien soll durch Ausschreibungen ermittelt werden. Dabei soll die Akteursvielfalt bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erhalten bleiben."	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Vom EEG kann abgewichen werden, wenn die Anlage ohne Förderung realisiert werden soll.
5.05-31	Entscheidend ist der § 37 EEG, in dem es nur darum geht, Gebote bei Ausschreibungen von entsprechenden Freiflächen-Anlagen abgeben zu dürfen. Es geht nicht darum, dass allgemein auf solchen Flächen automatisch gebaut werden darf. '-§ 37 (1): „Gebote bei den Ausschreibungen für Solaranlagen des ersten Segments dürfen nur für Anlagen abgegeben werden, die errichtet werden sollen auf einer Fläche, ... -b) die zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, -c) die zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern, gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn, errichtet werden und innerhalb dieser Entfernung ein längs zur Fahrbahn gelegener und mindestens 15 Meter breiter Korridor freigehalten werden soll, ..." . -Begriffsbestimmung nach § 3, Nr. 4a.: „Ausschreibungen für Solaranlagen des ersten Segments sind Ausschreibungen, bei denen Gebote für Freiflächenanlagen und für Solaranlagen abgegeben werden können, die auf, an oder in baulichen Anlagen errichtet werden sollen, die weder Gebäude noch Lärmschutzwände sind."	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Vom EEG kann abgewichen werden, wenn die Anlage ohne Förderung realisiert werden soll.
5.05-32	Ohne Zweifel sind Festlegungen im BauGB und im EEG nicht eindeutig harmonisiert oder die aktuellen Gesetzestexte sind nicht in zeitgleich aktualisierter Fassung im Internet veröffentlicht. [Fußnote:] (Auf mögliche Differenzen weist diese Formulierung hin, die für den „normalen" Bürger nicht mehr verständlich ist. Hier am Beispiel des EEG im Kopf der Internet-Veröffentlichung: „Änderung durch Art. 11 G v. 16.7.2021 I 3026 (Nr. 47) textlich nachgewiesen, dokumentarisch noch nicht abschließend bearbeitet." Schuld sind die schnellen und nicht unbedingt soliden sowie nicht mehr überschaubaren Gesetzesänderungen auf Bundesebene.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die aufgeführte Diskussion zum Anspruch an Gesetzesgrundlagen zum Thema Photovoltaik wird nicht auf der Ebene des Bebauungsplanverfahrens behandelt.

5.05-33	4.10.2 Über die Definition als Konversionsflächen Konversion erscheint im BauGB nur im § 164 b im Sinne von Verwaltungsvereinbarungen: -„Schwerpunkt für den Einsatz solcher Finanzhilfen sind die Wiedernutzung von Flächen, insbesondere der in Innenstädten brachliegenden Industrie-, Konversions-oder Eisenbahnflächen, zur Errichtung von Wohn- und Arbeitsstätten, Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen unter Berücksichtigung ihrer funktional sinnvollen Zuordnung (Nutzungsmischung) sowie von umweltschonenden, kosten-und flächensparenden Bauweisen.“ Im Sinne der Bauleitplanung erscheint der Begriff Konversion oder Konversionsfläche im BauGB nicht.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der aufgeführte Paragraph gehört zu Teil II des BauGB, Besonderes Städtebaurecht, mit dem Schwerpunkt der Städtebauförderung. Das Planvorhaben unterliegt nicht der Städtebauförderung, der angeführte Paragraph ist daher gegenstandslos.
5.05-34	Die vorherigen Auszüge zu gesetzlichen Regelungen erlauben folgende Interpretation für den Anwendungsfall der Solaranlagen der „Mulkwitzer Halden“: -Primär ist der Bebauungsplan, der auf Basis des BauGB und anderer Umweltbestimmungen zu erstellen ist. -Dem nachgeordnet sind die wirtschaftlichen Angebote (Ausschreibungen), die in dem speziellen ersten Segment auch Angebote von Streifen beiderseits von Schienenwegen berücksichtigen müssen, vorausgesetzt diese Streifen haben einen beschlossenen Bebauungsplan oder der Bebauungsplan ist in Aufstellung und ein positiver Beschluss ist zu erwarten. Nach Auffassung von U.B. ohne Zweifel eine schwierige Situation, aber dem Bürger wird an dieser Stelle ganz bewusst eine sehr einseitige Information gegeben. Jede andere Auslegung würde der Natur in Deutschland den endgültigen Garaus machen und kann wohl nicht ernsthaft gewollt sein.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die aufgeführte Diskussion zum Anspruch an Gesetzesgrundlagen zum Thema Photovoltaik wird nicht auf der Ebene des Bebauungsplanverfahrens behandelt.
5.05-35	4.11 Widerspruch und Forderungen: Städtebauliche Konzeption (Abschnitt 4.2) Einfriedung, Kompensationsflächen auf Waldflächen, Offenland Die betreffenden Formulierungen sind sehr allgemein und lassen vielfältige günstige, aber auch ungeeignete Maßnahmen erwarten. Die Kompensation auf umliegenden, angeblich minderwertigen Waldflächen zwecks Aufwertung ist fragwürdig. Ein Rätsel bleibt die Zaungestaltung, die im Normalfall eine Absperrung schafft, aber wohl doch für bestimmte Tierarten durchlässig sein soll. Ich als Stellungnehmender werde noch recherchieren, unter welchen Bedingungen die freie Landschaft durch Einfriedungen / Zäune zerschnitten werden darf. Wie ist die Gestaltung des Offenlandes? Was sind Flächen für den Wald, bereits jetzt Wald oder Neupflanzung nach der Baumaßnahme? Eine Beschreibung der Bestandssituation liegt nicht vor; ist erwartungsgemäß mit dem Umweltbericht zu erwarten. Ohne diesen Bericht kann man nicht einschätzen, ob die angepriesenen Kompensationsmaßnahmen tatsächlich welche sind oder eher zu einer „Verwüstung“ führen. Dieser Textabschnitt ist noch erheblich zu überarbeiten. Zugleich liegen mit der Stellungnahme Anregungen vor, was noch zu klären ist.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Städtebauliche Konzeption wird im weiteren Planverfahren in der Begründung vertieft. Die Kompensationsmaßnahmen werden nach Vorliegen der Kartierergebnisse und in Zusammenarbeit mit der unteren Naturschutzbehörde angepasst. In diesem Kontext werden geeignete und artgerechte Lösungen für die Einfriedungen entwickelt. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst und konkretisiert.
5.05-36	4.12 Hinweis: Stadttechnische Erschließung (Abschnitt 4.4) Die Trassen der unterirdischen elektrischen Leitungsanschlüsse der PV-Anlagen, die voraussichtlich auch über Bereiche außerhalb des Planungsbereiches des B-Planes verlaufen müssen, sind bisher unbekannt. Mindestens die Errichtung der Kabeltrassen führt zu Eingriffen in Natur und Landschaft. Möglicherweise sind auch Umspannstationen außerhalb des B-Planes erforderlich. Das Konzept ist vorzulegen	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Die Lage sowie die notwendigen Kabeltrassen werden im Vorhaben- und Erschließungsplan dargestellt. Dieser wird zum Entwurf mit ausgelegt. Des Weiteren werden die mit der Umsetzung verbundenen Eingriffe, der daraus resultierende Kompensationsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt und in der Begründung zum Entwurf umfassend dargelegt.

5.05-37	4.13 Widerspruch: Maß der baulichen Nutzung (Abschnitt 5.1.2) Der Grundflächenzahl von 0,8 wird widersprochen. Der Betrag von 0,8 ist die Obergrenze für Sondergebiete gemäß der Baunutzungsverordnung (BauNVO, 14.06.2021). Allerdings gilt diese auch in tatsächlich städtischer Umgebung. In der freien Landschaft hätte das zur Folge, dass ein vollständiger „Kompaktbau“ mitten in der Natur entsteht. Die tatsächlichen Dachflächen sind bei Beachtung der Neigung noch größer. Richtigerweise sind für die Grundstücksfläche die Abmessungen der Module auf die waagerechte Ebene projeziert zu verwenden. Bei einer GRZ = 0,8 würde die Abführung des Niederschlagswassers, die im Abschnitt 5.1.6 als belanglos gewertet wird, noch kritischer ausfallen. Dieser Belanglosigkeit, weil das Wasser ohne Schadwirkungen versickern würde, stimme ich sowieso nicht zu. Die Konstruktion der Module und Modultische ist nicht konkret bekannt und kann bis zur endgültigen Ausführungsplanung, die keiner öffentlichen Beteiligung unterliegt, noch verändert werden. Trotzdem zweifele ich an, dass bei Abständen von 2,5 bis 5,0 m Abständen zwischen den Modulreihen überhaupt rechnerisch eine GRZ = 0,8 zustande kommen kann. Nach eigener Erfahrung aus Versuchsanlagen weiß ich, dass bei GRZ kleiner als 0,6 die Wirkungen auf den Bodenwasserhaushalt noch als gering eingeschätzt werden können. Die Entwässerungssituation verändert sich erheblich gegenüber dem jetzigen naturnahen Zustand. Ich fordere deswegen GRZ = 0,6 als das maximale Maß.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Der § 17 BauNVO (in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021) gibt für die Bestimmung des Maßes der baulichen Nutzung lediglich Orientierungswerte vor. Es handelt sich nicht mehr um Obergrenzen. Der Orientierungswert für sonstige Sondergebiete liegt hinsichtlich der GRZ bei 0,8. Die GRZ wird nach Vorliegen der Ergebnisse des Artenschutzfachbeitrages und des Umweltberichtes angepasst. Bezüglich des Niederschlags ist daraufhin zu weisen, dass der Niederschlag nur über eine kurze Strecke (ein bis zwei Meter) auf den Modulen zusammenläuft und dann verteilt linienförmig in die Versickerung geht. Das Wurzelwerk der darunterliegenden Pflanzen fördert die Versickerung.
5.05-38	4.14 Hinweis: Verkehrsflächen und Anlagen (Abschnitt 5.1.5) Die äußere verkehrstechnische Erschließung erfordert einen Flächennutzungsplan, um eine sinnvolle Verzahnung und Anpassung mit dem umgebenden Netz zu gewährleisten. Die Tragfähigkeit und Breite der Trassen ist zu prüfen. Besondere Maßnahmen sind für die Bauphase festzulegen. Die Breite des befestigten Wirtschaftsweges vom Friedhof Mulkwitz ist zu gering.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Für die verkehrstechnische Erschließung bedarf es für das vorliegende Planvorhaben keines Flächennnutzungsplanes, sondern eines Durchführungsvertrages. Dieser wird gegenwärtig erstellt. Der Einspeisepunkt wurde nach Abschluss der FRühzeitigen Beteiligung separat mit dem Betreiber abgestimmt. Die Breite der Bestandswege wird im weiteren Planverfahrne geprüft.
5.05-39	4.15 Widerspruch: Flächen oder Maßnahmen ... Boden, Natur und Landschaft (Abschnitt 5.1.6) Ich widerspreche der einfachen, unkomplizierten Darstellung und fordere eine intensive Erarbeitung dieses Abschnittes. Zum Beispiel sehe ich folgende Bereiche, die eines Schutzes und der Entwicklung bedürfen: -Schutzstreifen zwischen Baufeld und NSG im Norden. -Erhalt von Wald- und Insektenwiesen, die nicht unmittelbar mit PV-Anlagen besetzt werden, eventuell auch unter der elektrischen Freileitung im Geltungsbereich des B-Planes. Vielfältige Maßnahmen werden sich noch ergeben, die nicht alle, aber zum Teil in den B-Plan aufzunehmen sind.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Angaben zu Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft werden aus den zu erstellenden umweltfachlichen Gutachten abgeleitet und werden als Festsetzung in den B-Plan übernommen und begründet. Das Planwerk wird im weiteren Verfahrensverlauf/zum Entwurf auf Basis der durchgeführten Untersuchungen angepasst.

5.05-40	Entwässerungsanlagen: Die Flächenversiegelung ist viel größer als oft angegeben, wo man sich nur auf die Oberfläche der Fundamente bezieht. Die PV-Module bilden ein Dach. Die auf die Waagerechte bezogene Fläche der Module behindert den Niederschlag und schirmt den Boden ab. Wegen seitlicher Einwehung des Regens, lateraler Strömung und Sorbtion gelangt Bodenwasser unter die überdachte Fläche. Eventuell liegt die Wirksamkeit bei 50 % abhängig von der Konstruktion. Bezogen auf die GRZ von 0,6 kann man dann eine Versiegelung von 30 % haben, aber nicht von 2 ... 5 %, wie es oft angegeben wird. Betreff der Abführung von Niederschlagswasser muss ich diese lange Textpassage zum Verständnis aufnehmen, um der vorgelegten Sorglosigkeit zu begegnen. Niederschläge, die auf die riesigen Glasflächen der PV-Module auftreffen, haben ein spezielles, kritisches Abflussverhalten, was nicht ignoriert werden darf. Im ersten Moment muss die Fläche (auf die Waagerechte bezogen) als totale Versiegelung betrachtet werden, von der der Regen begünstigt durch eine große Neigung sogar ohne Hindernis abläuft. Es entsteht ein schnelles Anspringen des Abflusses bis zu fast 100%. Diese Wassermenge fällt an den Abtropfkanten herunter und kann Rinnen im Boden schaffen. Bei kurzzeitigen Regen wird es schnell auf den Bodenflächen neben und unter den Modulen problemlos ausgeglichen. Bei langandauernden oder starken Regen in Verbindung mit schlechten Aufnahmevermögen des Bodens (sogar bei Feinsand nach langer Trockenheit möglich) können sich unkontrollierte Rinnsale bilden. Sie führen bei vielen heimischen Böden zu Erosion und besonders auch zu Erosionsrinnen an der Oberkante von Böschungen oder an den Einschnitten der Bahnstrecke. In der Geländegestaltung sind entsprechende Maßnahmen der Entwässerung erforderlich. Unter Umständen sind die Grundlagen bereits in die B-Pläne aufzunehmen. Deswegen ist erst eingehend zu prüfen, ob entsprechende Anlagen notwendig sind anstelle sie von Beginn an auszuschließen.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Lücken zwischen den Modulen sorgen dafür, dass der Niederschlag nur über eine kurze Strecke (ein bis zwei Meter) zusammenläuft und dann verteilt linienförmig in die Versickerung geht. Das Wurzelwerk der darunterliegenden Pflanzen mindert die Erosion und fördert die Versickerung. Für die PV-Module wird mit einer Versiegelung bzw. Verschattung von 10 % gerechnet, zusätzlich erhöht sich der Versiegelungsgrad durch notwendigen technischen Anlagen sowie Ver- und Entsorgungsanlagen. Die dafür notwendigen Kompensationsmaßnahmen werden in ZUsammenarbeit mit der unteren Naturschutzbehörde erarbeitet. Die aufgeführten Sachverhalte werden in der Begründung konkretisiert.
5.05-41	4.16 Weitere Hinweise und Forderungen Nach meiner Sicht sind wichtige Sachverhalte in den Planungsunterlagen bisher nicht erfasst. Deswegen werden sie hier aufgeführt: -Forderung: Es fehlen brandschutztechnische Einrichtungen im waldbrandgefährdeten Gebiet. Die PV-Anlagen stellen ein spezielles Risiko dar, was die Gefährdung vergrößert. Der Investor ist Verursacher und hat vorsorglich Einrichtungen zu schaffen. (Jeder Unternehmer hat in seinem Betrieb die Sicherheit zu gewährleisten!)	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan wird ein Brandschutzkonzept erstellt.
5.05-42	5 Teil A: Planzeichnung Die Planzeichnung konnte ich nicht im Original einsehen. Durch die Widergabe im pdf-Format kann es Ungenauigkeiten geben, die im Original nicht vorhanden sind. *[Fußnote:]* (Die Einsichtnahme in die Originalunterlagen in der Gemeindeverwaltung Schleife ist durch die Bestimmungen zur Bekämpfung des Corona-Virus eingeschränkt.) Das kann beispielsweise die Darstellung der unterirdischen Erdgasleitung betreffen, siehe zuvor. In der Planzeichnung verläuft in der Mitte etwa auf Nord-Süd-Linie eine weiße Fläche, die von der Bebauung frei zu halten ist. Offensichtlich ist es ein Schutzstreifen zum Wald. Eine nähere Definition wäre gut. Auch die Funktion der Waldfläche im Geltungsbereich des B-Planes und damit der Umriss des Geltungsbereiches sind in der Begründung (Teil C) nicht erläutert. Formfehler in der Planzeichnung A: Die unmittelbare Baulichkeit der Solaranlage geht über die Grenze des Planungsgebietes im Süden hinaus.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Es liegen keine Formfehler vor. Die "weiße Fläche" ist als "Fläche, die von der Bebauung freizuhalten ist (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 6 BauGB)" gekennzeichnet. Die Bebauung der geplanten Solaranlage geht nicht über den Geltungsbereich hinaus. Dargestellt ist südlich des Geltungsbereiches die sich aus dem im Vorentwurf befindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" anschließende Photovoltaikfreiflächenanlage. Der Umriss des Geltungsbereiches wird in der Begründung konkretisiert.

5.05-43	Formfehler: Wege sind zumindest dort, wo die Grenze des Geltungsbereiches verläuft, nicht erkennbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die festgesetzten Verkehrsflächen sind bedingt durch den Maßstab in der Planzeichnung nur teilweise sichtbar. Der Maßstab wird im weiteren Planverfahren angepasst. Eine konkrete Darstellung erfolgt zusätzlich anhand des Vorhaben- und Erschließungsplanes, der zum Entwurf vorgelegt wird.
5.05-44	6 Teil B: Textliche Festsetzung Der Teil B wird in der Begründung des Bebauungsplanes (Vorentwurf) wieder erfasst und ist damit unter dem Kapitel 4 erfasst und dort kritisch abgehandelt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.06-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.06-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.06-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.06-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.06-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.06-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.06-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.

5.06-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.06-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.06-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.06-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.

5.06-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.06-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.06-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.06-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.

5.06-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.06-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.06-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.06-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.

5.06-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.06-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.06-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.06-23	*Bei Anlage 1 und 2 handelt es sich um Artenlisten. Sie wurden daher nicht im Detail in die Auswertungstabelle aufgenommen.*	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.06-24	Anlage 3 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.06-25	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.06-26	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.

5.06-27	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.
5.06-28	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.06-29	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.

5.06-30	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.
5.06-31	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.06-32	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.

5.06-33	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.06-34	Anlage 4 (Die Anlage 4 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.06-35	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.06-36	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.07-01	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.07-02	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.07-03	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.07-04	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.

5.07-05	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.07-06	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.07-07	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.07-08	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.07-09	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.

5.07-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.07-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.07-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.07-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.

5.07-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.07-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.07-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.07-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.07-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.07-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.07-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.07-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.

5.07-22	20. Flächennutzungsplan Das BauGB sieht für die Bauleitplanung ausgehend von § 1 Abs. 2 BauGB ein zweistufiges System vor. Der Flächennutzungsplan bildet dabei den vorbereitenden Bauleitplan, aus dem der verbindliche Bauleitplan, der Bebauungsplan, zu entwickeln ist Damit stellt der Flächennutzungsplan die erste vorbereitende Ebene der Bauleitplanung dar. In der Begründung des Vorentwurfes zu dem hier gegenständlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplan wird unter Punkt 3.3. richtigerweise erwähnt, dass es für die Gemeinde Schleife weder einen rechtswirksamen Flächennutzungsplan noch einen genehmigten Landschaftsplan gibt. Eben dieser Flächennutzungsplan ist jedoch gem. BauGB im Rahmen des zweistufigen Systems in der Bauleitplanung die Voraussetzung für den Bebauungsplan. Inwiefern es sich um einen dringenden Grund gern. § 8 Abs. 4 BauGB handelt, der eine andere Vorgehensweise rechtfertigen würde, ist nicht nachvollziehbar vorgetragen worden und wird hiermit in Abrede gestellt.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Flächennutzungsplan wird gegenwärtig erstellt. Die Frühzeitige Beteiligung wurde im Jahr 2013 durchgeführt. Eine weitere Entwicklung des Flächennutzungsplanes war aufgrund überörtlicher Belange, wie der Änderung des Revierkonzeptes der LEAG sowie geänderter politischer Ziele zur Verwendung von fossilen Rohstoffen nicht möglich. Die weitere Entwicklung des Flächennutzungsplanes sowie weiterer gemeindlicher Zielformulierungen, wie Dorfentwicklungskonzepte werden in der Begründung konkretisiert. Die dringenden Gründe für die Erstellung des vorliegenden, vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ergeben sich anhand dem Bedarf zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dieser wird gemäß des "Entwurfes eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor" 04/2022 maßgeblich unterstützt. Dieser sieht gemäß § 2 den vorrangigen Ausbau der Erneuerbaren Energien aufgrund eines überragenden öffentlichen Interesses und Gegenstand der nationalen Sicherheit vor. Es wird ein Anteil der erneuerbaren Energien von 80 % an der Stromversorgung im Jahr 2030 beabsichtigt. Der hier dargelegte Sachverhalt wird in die Begründung mit aufgenommen.
5.07-23	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.07-24	Anlage 1 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.07-25	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.

5.07-26	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.
5.07-27	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.
5.07-28	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.07-29	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.

5.07-30	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.
5.07-31	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.07-32	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.
5.07-33	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.07-34	Anlage 2 (Die Anlage 2 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.07-35	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.07-36	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.08-01	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.08-02	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.08-03	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.08-04	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.08-05	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.08-06	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.

5.08-07	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.08-08	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.08-09	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.08-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.08-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.08-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.08-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.08-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.

5.08-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.08-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.08-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.08-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.08-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.

5.08-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.08-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.08-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.08-23	Bei Anlage 1 und 2 handelt es sich um Artenlisten. Sie wurden daher nicht im Detail in die Auswertungstabelle aufgenommen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.08-24	Anlage 3 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.08-25	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.08-26	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.

5.08-27	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.
5.08-28	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.08-29	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.

5.08-30	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.
5.08-31	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.08-32	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.
5.08-33	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.08-34	Anlage 4 (Die Anlage 4 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.08-35	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.08-36	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.09-01	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.09-02	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.09-03	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.09-04	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.

5.09-05	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.09-06	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.09-07	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.09-08	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.09-09	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.

5.09-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.09-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.09-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.09-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.

5.09-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.09-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.09-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.09-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.09-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.09-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.09-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.09-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.

5.09-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.09-23	*Bei Anlage 1 und 2 handelt es sich um Artenlisten. Sie wurden daher nicht im Detail in die Auswertungstabelle aufgenommen.*	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.09-24	Anlage 3 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.09-25	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.09-26	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.

5.09-27	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.
5.09-28	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.09-29	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.

5.09-30	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.
5.09-31	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.09-32	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.
5.09-33	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.09-34	Anlage 4 (Die Anlage 4 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.09-35	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.09-36	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.10-01	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.10-02	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.10-03	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.10-04	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.10-05	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.10-06	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.

5.10-07	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.10-08	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.10-09	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.10-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.10-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.10-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.10-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.10-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.

5.10-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.10-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.10-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.10-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.10-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.

5.10-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.10-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.10-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.10-23	*Bei Anlage 1 und 2 handelt es sich um Artenlisten. Sie wurden daher nicht im Detail in die Auswertungstabelle aufgenommen.*	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.10-24	Anlage 3 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.10-25	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.10-26	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.
5.10-27	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.

5.10-28	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.10-29	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.
5.10-30	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.

5.10-31	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.10-32	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.
5.10-33	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.10-34	Anlage 4 (Die Anlage 4 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.10-35	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.

5.10-36	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.11-01	1. Brandschutz An der Bahn verläuft parallel eine Gastrasse, welche mit gelben Pfosten markiert ist. Um Solaranlagen zu instalieren und Kabel zu ziehen sind tiefere Eingriffe notwendig. Natürlich Baumrodungen und Befahren mit schwerer Technik. Außerdem soll ein kleines Umspannwerk gebaut werden, was angeblich für die Verteilung des Stroms notwendig sein soll. Aus brandschutztechnischen Gründen baut sich mir hier ein riesiges Fragezeichen auf, wie denn dort der Brandschutz gewährleistet werden soll.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren wird ein Brandschutzkonzept erstellt, dass die aufgezeigten Sachverhalte prüft. Das Planvorhaben wird entsprechend der Ergebnisse angepasst. Die Errichtung eines Umspannwerkes ist außerhalb des Geltungsbereiches am Einspeisepunkt vorgesehen.
5.11-02	2. Naturschutzrechtliche Eingriffe an der Bahn Betroffen sind Natura2000/FFH vergleichbare Lebensräume und Arten der RL Deutschlands und Sachsens. An der Bahn gibt es unkartierte Caluna-Heideflächen 4030, sowie Kiefernwald der Sarmantischen Steppe 91U0, die Natura2000-LRT entsprechen. Im speziellen Dainzotz Flügel, wo besonders das Grünliche Wintergrün, Doldenwinterlieb, Fichtenspargel, Kleines Wintergrün, Moosauge, Weißmoos sowie der Habichtspilz zu finden sind. Sie sind wie Wald-Biotope zu behandeln.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.11-03	3. Falsches Ausgleichsflächenmanagement Warum falsches Ausgleichsmanagement? Hier würden gesunde Kiefernwälder mit einer gesunden über Jahrzehnte entwickelten Pilzstruktur (Mykorhizastatus) entwertet durch Austrocknung nach den Eingriffen werden durch einen falschen Waldumbau. Hier wäre zu schauen, welche Waldteile sich überhaupt anbieten. Dies sind eher unter 5 ha Waldflächen. Für die restlichen nicht ausgleichbaren Flächen nehme man alternativ Patenschaftenflächen in der Rekultivierung.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden Kartierungen der Bestandssituation zu Flora und Fauna auf der Eingriffsfläche und der vorgesehenen Kompensationsflächen durchgeführt. Auf Basis der Kartierergebnisse kann die prinzipielle Eignung der Maßnahmenflächen festgestellt bzw. die Maßnahmenplanung für die vorgesehenen Flächen konkretisiert werden. Für den Fall, dass im Ergebnis der Untersuchung vorgesehener Kompensationsflächen keine diesbezügliche Eignung festgestellt werden kann, werden Alternativmaßnahmen vorgesehen. Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen, Bedienwege erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten erfolgt.
5.11-04	4. Nähe der Solaranlage zum NSG Schleife und zerschnittene Lebensräume Hier wie bei allen anderen ausgeschriebenen Solarprojekten kommt es zu Zerschneidung von gewachsenen ungestörten Lebensräumen. Die Solaranlagen werden natürlich aus Sicherheitstechnischen Gründen eingezäunt. Da bereits viele Tierarten durch den Tagebau Nochten aus ihren angestammten Lebensbereichen vertrieben wurden (Naturraumübertretung), wäre dies der einzigste noch bestehende größere ungestörte Lebensraum in der Region, der nun mit der Realisierung der Projekte zerschnitten würde.	Einwand wird berücksichtigt.	In Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde werden artengerechte Lösungen im Rahmen des weiteren Planverfahrens entwickelt.

5.11-05	*Dem Schreiben liegt eine Anlage 1 bei. Es handelt sich um eine Artenliste. Sie wurde nicht im Detail in die Auswertungstabelle aufgenommen.*	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.12-01	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.12-02	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.12-03	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.12-04	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.12-05	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.12-06	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.12-07	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.

5.12-08	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.12-09	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.12-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.12-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.12-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.

5.12-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.12-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.12-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.12-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.

5.12-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.12-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.12-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.12-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.12-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.12-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.12-23	Bei Anlage 1 und 2 handelt es sich um Artenlisten. Sie wurden daher nicht im Detail in die Auswertungstabelle aufgenommen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.12-24	Anlage 3 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.12-25	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.12-26	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.

5.12-27	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.
5.12-28	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.12-29	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.

5.12-30	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.
5.12-31	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.12-32	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.

5.12-33	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.12-34	Anlage 4 (Die Anlage 4 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.12-35	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.12-36	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.13-01	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.13-02	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.13-03	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.13-04	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.

5.13-05	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.13-06	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.13-07	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.13-08	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.

5.13-09	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.13-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.13-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.13-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.

5.13-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.13-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.13-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.13-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.

5.13-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.13-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.13-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.13-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.13-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.13-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.13-23	Bei Anlage 1 und 2 handelt es sich um Artenlisten. Sie wurden daher nicht im Detail in die Auswertungstabelle aufgenommen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.13-24	Anlage 3 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.13-25	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.13-26	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.
5.13-27	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.

5.13-28	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.13-29	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.
5.13-30	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.

5.13-31	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.13-32	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.
5.13-33	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.13-34	Anlage 4 (Die Anlage 4 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.

5.13-35	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.13-36	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.14-01	Nach Durchsicht der öffentlich ausgelegten Unterlagen komme ich zu dem Schluss, dass der vorgelegte vorhabenbezogene Bebauungsplan in dieser Form nicht genehmigungsfähig ist: Die vorgelegten Planungsunterlagen sind unvollständig, in sich widersprüchlich und nicht schlüssig. Zu berücksichtigende Schutzgüter werden in einem nicht hinnehmbaren Ausmaß beeinträchtigt und außer acht gelassen; dies betrifft nicht zuletzt natur- und artenschutzrechtliche Belange von deutscher und europäischer Relevanz.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird im weiteren Planungsverlauf erweitert und bei Bedarf angepasst.
5.14-02	Darüber hinaus ist dieses öffentliche Beteiligungsverfahren so schwerwiegend formfehlerbehaftet, dass eine erneute öffentliche Auslegung, sollte die Gemeinde an dem Vorhaben festhalten wollen, unvermeidlich ist. Ich fordere Sie daher auf, den vorgelegten Bebauungsplan nicht zu bestätigen und die nachfolgend benannten Hinderungsgründe in Ihrer Abwägung entscheidungserheblich zu berücksichtigen.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Kein Änderungen erforderlich. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgte auf der Rechtsgrundlage des § 3 Abs. 1 BauGB, die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange auf der Rechtsgrundlage des § 4 Abs. 1 Bau GB. Die Beteiligungen erfolgten gesetzeskonform.
5.14-03	Für meine Einschätzung waren Erkenntnisse aus den vorgelegten Unterlagen, aus öffentlich-rechtlichen Quellen sowie aus rechtlichen bzw. normativen Vorgaben Grundlage. Diese deuten darauf hin, dass das geplante Vorhaben möglicherweise nicht den gesetzlichen Anforderungen genügt. Das betrifft neben natur- und artenschutzrechtlich relevanten Belangen auch Fragen des Wohles der Allgemeinheit, bauplanungsrechtliche und landesplanerische Belange sowie unvollständige und in sich widersprüchliche Angaben in den öffentlich ausgelegten Planungsunterlagen.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die vorliegenden Unterlagen zum Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" entsprechen dem Anspruch an einen Vorentwurf der Bauleitplanung in dem sie die Ziele und Zwecke des Planvorhabens darstellen. Noch ausstehende Planunterlagen, wie der Artenschutzfachbeitrag und der Umweltbericht werden im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan erstellt.

5.14-04	Ich weise Sie darauf hin, dass die hiermit übergebene Stellungnahme ggf. nicht abschließend ist. Insbesondere die Vertiefung einzelner Gesichtspunkte, deren Darstellung in den vorgelegten Planungsunterlagen unvollständig oder in sich widersprüchlich ist, sowie solche Aspekte, deren Berücksichtigung entgegen der Notwendigkeit gänzlich unterblieb, bleibt vorbehalten. Soweit hier zu diesen und damit in Zusammenhang stehenden Aspekten bereits im vorgelegten Dokument vertieft Stellung bezogen wird, ist dies keinesfalls als weitere entscheidungs- wie genehmigungserhebliche Hinderungsgründe ausschließender Vortrag zu verstehen. Ich behalte mir deshalb vor, meine hiermit übergebene Stellungnahme nach Zugang weiterer relevanter Informationen zu ergänzen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.
5.14-05	*(Hinweis zum Datenschutz der eigenen persönlichen Daten, nicht übernommen; nicht Abwägungsgegenstand des vorliegenden Bauleitplanverfahren)*	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.14-06	Den Satzungs- und Abwägungsbeschluss senden Sie mir nach dessen Beschlussfassung bitte incl. Abwägungprotokoll per e-mail zu.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Gemäß § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB ist das Ergebnis der Prüfung der fristgerecht eingegangenen Stellungnahmen dem jeweiligen Beteiligten mitzuteilen. Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen, eine separate Zusendung per E-Mail ist daher gegenstandslos.
5.14-07	*(Inhaltsverzeichnis nicht übernommen)*	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.14-08	1 Im laufenden Verfahren nicht mehr zu heilende Formfehler Die nachfolgend benannten Formfehler sind im laufenden Verfahren nicht mehr zu heilen. Da diese durchgehend schwerwiegend sind, ist eine erneute öffentliche Auslegung der Planungsunterlagen unvermeidbar. 1.1 Aufstellungsbeschlussfassung in geheimer Abstimmung Auf seiner öffentlichen Sitzung am 5. Juli 2021 fasste der Gemeinderat der Gemeinde Schleife den Beschluss zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" in geheimer Abstimmung. 21 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates Schleife bestimmt, dass der Gemeinderat i. d. R. offen abstimmt. Aus wichtigem Grund kann der Gemeinderat gem. § 21 Abs. 2 Satz 1 GeschO eine geheime Abstimmung beschließen. Was unter einem "wichtigen Grund" zu verstehen ist, wird nicht definiert. Dieser Passus der Geschäftsordnung entspricht inhaltlich § 39 Abs. 6 der Sächsischen Gemeindeordnung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Wie im vorliegenden Einwand dargelegt, ist der 'wichtige Grund' in § 21 Abs. 2 Satz 1 GeschO nicht näher definiert. Demzufolge liegt es im Ermessen des Gemeinderates, Beschlüsse bei Bedarf geheim zu fassen. Dieser Bedarf liegt aufgrund eines hohen konfliktpotentials in Bezug auf das vorliegende Planvorhaben vor. Aufgrund divergierender Ansichten in der Gemeinde kam es im Vorfeld der Gemeinderatssitzung zu persönlichen Anfeindungen auf Mitglieder des Gemeinderates. Zur Gewährleistung einer unbeeinflussten Entscheidung, wurde daher eine geheime Beschlussfassung durch die Mehrheit des Gemeinderates befürwortet.

5.14-09	Gemeinhin wird als wichtiger Grund für die Durchführung einer geheimen Abstimmung im Gemeinderat die Personenwahl akzeptiert. Darüber hinaus kann auch wegen der Wahrung persönlicher Schutzrechte eine geheime Abstimmung als zulässig eingeordnet werden: Steuergeheimnis, Fragen des Gesundheitszustandes Betroffener o. ä. Geheime Abstimmungen sind auch in folgenden Fällen zulässig: Zustimmung zur Festsetzung eines Ordnungsgeldes, Ausschluss aus dem Gemeinderat, Beschluss über die den Einspruch gegen eine solche Ausschlussverfügung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der 'wichtige Grund' in § 21 Abs. 2 Satz 1 GeschO ist nicht näher definiert. Demzufolge liegt es im Ermessen des Gemeinderates, Beschlüsse bei Bedarf geheim zu fassen. Dieser Bedarf liegt aufgrund eines hohen konfliktpotentials in Bezug auf das vorliegende Planvorhaben vor. Aufgrund divergierender Ansichten in der Gemeinde kam es im Vorfeld der Gemeinderatssitzung zu persönlichen Anfeindungen auf Mitglieder des Gemeinderates. Zur Gewährleistung einer unbeeinflussten Entscheidung, wurde daher eine geheime Beschlussfassung durch die Mehrheit des Gemeinderates befürwortet.
5.14-10	Als Begründung für die rechtliche Zulässigkeit der geheimen Abstimmung wird vom Gemeinderat folgende Erklärung angeführt: "Die offene Abstimmung zu den ... Tagesordnungspunkten hätte zu schwerwiegenden Konflikten im örtlichen Leben und auch zu Schwierigkeiten im Privat- oder Geschäftsleben führen können. Die Vorhaben der beiden Investoren sind in den beiden betroffenen Ortschaften höchst umstritten. Bereits im Vorfeld seien einige Gemeinderäte beschimpft worden." "Der Gemeinderat der Gemeinde Schleife wertete das Interesse an einer freien und unbeeinflussten Entscheidung i. S. d. § 35 Abs. 3 Satz 1 SächsGemO höher als das an der Erkennbarkeit der Stimmabgabe." § 35 Abs. 3 Satz 1 SächsGemO, "Die Gemeinderäte üben ihr Mandat nach dem Gesetz und ihrer freien, dem Gemeinwohl verpflichteten Überzeugung aus.", kann nach hiesiger Auffassung nicht als gerichtsfeste Begründung für die geheim durchgeführte Abstimmung zum vorhabenbenzogenen Bebauungsplan angenommen werden, denn Satz 2, "(a)n Verpflichtungen und Aufträge, durch die diese Freiheit be-schränkt wird, sind sie nicht gebunden.", ist nach hiesiger Auffassung entscheidend: Der Bürgermeister, wie auch die GemeinderätInnen hätten zur Zulässigkeit ihrer Entscheidung darlegen müs-sen, inwieweit die geheime Abstimmung nicht nur ihr subjektives Wohlbefinden stärkt, sondern auch, dass sie durch eine polarisierte Debattenlage im Ort, zu der sie offenkundig auch selbst beigetragen haben, in ihren Freiheiten eingeschränkt werden. Das ist aber nicht geschehen.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Aufgrund zu erwartender persönlicher Beeinträchtigungen der Gemeinderatsmitglieder bei einer öffentlichen Abstimmung, wurde die Abstimmung geheim durchgeführt. Damit wurde eine unbeeinflusste Entscheidung der einzelnen Gemeinderatsmitglieder gewährleistet. Diese Begründung wurde dem Landkreis mitgeteilt. Der Landkreis hat an der Begründung nichts zu beanstanden.
5.14-11	Mit der vom Gemeinderat angeführten Begründung könnten praktisch alle Entscheidungen zukünftig in geheimer Abstimmung gefasst - und damit demokratische Grundprinzipien missachtet - werden, egal ob es um Erhöhungen bei den Kita-Gebühren oder der Nutzungsentgelte für kommunale Immobilien geht, es wird sich immer jemand finden, der sich durch gegenteilige Auffassungen in der Bevölkerung emotional beeinträchtigt fühlt und lieber geheim abstimmt, als sich seiner Verantwortung oder der Diskussion zu stellen. Praktischerweise wäre es, sollte dieses Beispiel Schule machen, nicht einmal nötig, den zur Begründung angeführten Sachverhalt und die dahinter stehenden Personen deutlich zu benennen, sondern den Umstand ohne jeden Beweis einfach nur zu behaupten. Deshalb wird hier davon ausgegangen, dass der Beschluss rechtswidrig gefasst wurde und wiederholt werden muss, denn nach wie vor gilt der Grundsatz: "Werden Beschlüsse ohne hinreichenden Grund geheim gefasst, führt dies zu deren Rechtswidrigkeit."	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Das Vorgehen wurde durch eine mehrheitliche Befürwortung des Gemeinderates gewählt. Es ist demzufolge das Ergebnis eines demokratischen Abstimmungsprozesses. Durch dieses Vorgehen zugunsten einer Mehrheit wird -wie im Einwand vorgebracht- das dauerhafte geheime Abstimmen des Gemeinderates aufgrund des Wunsch eines Einzelnen unterbunden.

5.14-12	Darüber hinaus ist bei der Beurteilung dieses Sachverhalts zu berücksichtigen, das der Gemeinderat die einzige Instanz ist, die befugt ist, über die kommunale Bauleitplanung zu entscheiden - da-für wurden seine Mitglieder gewählt. Es handelt sich hierbei um raumbedeutsame Vorhaben und da sollte es natürlich, wie bei jeder anderen Abstimmung im Gemeinderat, jeder Wählerin und jedem Wähler möglich sein, zu erkennen, wer im Gemeinderat wann wie abgestimmt hat; nicht zuletzt, um so auch eine qualifizierte Entscheidung zur nächsten Gemeinderats- oder Bürgermeisterwahl treffen zu können. Das Oberverwaltungsgericht urteilt in seiner Entscheidung 2 K 52/18 vom 29.10.2021 wie folgt: "Nach § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB haben die Gemeinden die Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit dies für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist. Was in diesem Sinne erforderlich ist, bestimmt sich nach der planerischen Konzeption der Gemeinde. Der Gesetzgeber ermächtigt die Gemeinden, diejenige Städtebaupolitik zu betreiben, die ihren städtebaulichen Ordnungsvorstellungen entspricht. Die städtebaulichen Gründe, die sich in einer konkreten städtebaulichen Situation zur Rechtfertigung planerischer Festsetzungen anführen lassen, sind deshalb stets auch Ergebnis städtebaupolitischer Willensbildung. Sich einen entsprechenden Willen zu bilden und hierüber Auskunft zu geben, ist ausschließlich Sache der Gemeinde. Sie hat die städtebaulichen Zielsetzungen zu formulieren."	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.14-13	1.2. Formfehlerbehaftete öffentliche Auslegung 1.2.1. Öffentliche Auslegung in der Gemeinde Schleife In der öffentlichen Bekanntmachung des öffentlichen Beteiligungsverfahrens wird bestimmt, dass die Planungsunterlagen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes in der Zeit vom 1. November 2021 bis zum 3. Dezember 2021 zu jedermanns Einsicht in der Gemeinde Schleife öffentlich ausgelegt sind. Tatsächlich entspricht die Zugänglichkeit nicht den öffentlich bekannt gemachten Daten: a) Der erste Tag der öffentlichen Auslegung im Gemeindeamt Schleife sollte der 1. November 2021 sein, die zeitlich beschränkten Zugänge vor Ort schließen diesen Tag jedoch aus; die öffentliche Auslegung begann erst am Dienstag, dem 2. November 2021. Da dieser Formfehler im laufenden öffentlichen Beteiligungsverfahren nicht mehr zu heilen ist, ist die öffentliche Auslegung der Planungsunterlagen erneut öffentlich bekannt zu machen und durchzuführen. Dieser Formfehler kann auch nicht dadurch geheilt werden, dass ggf. argumentiert wird, dass ein Online-Zugang möglich war.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgte auf der Rechtsgrundlage des § 3 Abs. 1 BauGB. An die frühzeitige Beteiligung werden seitens der Rechtssprechung keine Forderungen an den Beteiligungszeitraum gestellt. Der Beteiligungszeitraum der Öffentlichkeit wird als angemessen bewertet. Darüber hinaus ist gemäß § 3 Abs. 1 PlanSiG eine Auslegung der Unterlagen im Internet möglich. Die Beteiligung erfolgte gesetzeskonform. Eine erneute Beteiligung ist gegenstandslos. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

5.14-14	b) § 3 Abs. 2 BauGB bestimmt die öffentliche Auslegung "mindestens ... für die Dauer von 30 Tagen". In Schleife wird der Zugang für Interessierte gem. öffentlicher Bekanntmachung zu folgenden Zeiten ermöglicht: Dienstag9 bis 12 Uhr und 13 bis 18 Uhr Donnerstag9 bis 12 Uhr und 13 bis 16 Uhr Freitag 9 bis 11 Uhr. Für den Auslegungszeitraum vom 1. November 2021 bis zum 3. Dezember 2021 sind das lediglich 15 Tage, also nur die Hälfte der vom Gesetzgeber vorgeschriebenen mindestens 30 Tage. Dieser Formfehler ist im laufenden Verfahren nicht mehr zu heilen, was eine erneute öffentliche Auslegung der Planungsunterlagen erforderlich macht. Dieser Formfehler kann auch nicht dadurch geheilt werden, dass ggf. argumentiert wird, dass ein Online-Zugang für mindestens 30 Tage möglich war. Ein Verweis auf das Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (Planungssicherstellungsgesetz - PlanSiG) ist hier auch nicht zielführend, da zwar in der öffentlichen Bekanntmachung in der Überschrift auf § 3 PlanSiG hingewiesen wird, die Zeiten der Vor-Ort-Zugänglichkeit jedoch ohne Einschränkung aufgeführt werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgte auf der Rechtsgrundlage des § 3 Abs. 1 BauGB. An die frühzeitige Beteiligung werden seitens der Rechtssprechung keine Forderungen an den Beteiligungszeitraum gestellt. Der Beteiligungszeitraum der Öffentlichkeit wird als angemessen bewertet. Darüber hinaus ist gemäß § 3 Abs. 1 PlanSiG eine Auslegung der Unterlagen im Internet möglich. Die Beteiligung erfolgte gesetzeskonform. Eine erneute Beteiligung ist gegenstandslos. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.
5.14-15	1 2 2 Formfehlerbehafteter Online-Zugang auf der Homepage der Gemeinde Schleife In der öffentlichen Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung der Planungsunterlagen wird der Online-Zugang über die Homepage der Gemeinde Schleife unter https://www.schleife-slepo.de für die Zeit vom 1. November 2021 bis zum 3. Dezember 2021 festgelegt. Die tatsächliche Verfügbarkeit der öffentlich ausgelegten Unterlagen widerspricht auch hier den öffentlich bekannt gemachten: Um 7.11 Uhr, 8.09 Uhr und 9.43 Uhr waren die Planungsunterlagen nicht auf der Homepage der Gemeinde Schleife eingestellt. Statt dessen war dort immer nur der Hinweis "Es sind keine Einträge vorhanden" zu lesen (Screenshots liegen vor), obwohl der Online-Zugang ab 0.00 Uhr hätte gewährleistet werden müssen. Um 16.03 Uhr waren die Planungsunterlagen schließlich eingestellt. Eine öffentliche Zugänglichmachung irgendwann zwischen 9.43 Uhr und 16.03 Uhr erfüllt aber nicht das Kriterium "vom 01.11.2021" an. Damit ist die öffentliche Auslegung der Planungsunterlagen auch unter diesem Aspekt so schwerwiegend formfehlerbehaftet, dass eine erneute öffentliche Auslegung unerlässlich ist. Der Hinweis auf die Online-Zugänglichkeit über das Zentrale Lan-desportal Sachsen unter https://bueraerbeteiligung.sachsen.de kann diesen Auslegungsmangel nicht heilen.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgte auf der Rechtsgrundlage des § 3 Abs. 1 BauGB. An die frühzeitige Beteiligung werden seitens der Rechtssprechung keine Forderungen an den Beteiligungszeitraum gestellt. Der Beteiligungszeitraum der Öffentlichkeit wird als angemessen bewertet. Darüber hinaus ist gemäß § 3 Abs. 1 PlanSiG eine Auslegung der Unterlagen im Internet möglich. Die Beteiligung erfolgte gesetzeskonform. Eine erneute Beteiligung ist gegenstandslos. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

5.14-16	2 Unvollständigkeit der öffentlich ausgelegten Unterlagen Gem. § 2a BauGB hat die Gemeinde im Aufstellungsverfahren dem Entwurf des Bauleitplans eine Begründung beizufügen. In ihr sind entsprechend dem Stand des Verfahrens 1. die Ziele, Zwecke und wesentlichen Auswirkungen des Bauleitplans und 2. in dem Umweltbericht nach der Anlage 1 zu diesem Gesetzbuch die auf Grund der Um-weltprüfung nach § 2 Absatz 4 ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes darzulegen. Der Umweltbericht bildet einen gesonderten Teil der Begründung. Diese Mindesdestanforderungen an die öffentlich auszulegende Begründung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes werden nicht erfüllt: Ziele, Zwecke und wesentliche, auch Umweltauswirkungen des bauplanungsrechtlich zu legitimierenden Vorhabens, werden aus städtebaulicher Sicht nicht benannt. Darüber hinaus ist der vorgelegte Planungsentwurf auch aus weiteren Gründen unvollständig:	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Zum Vorentwurf des Bebauungsplanes besteht kein Anspruch auf den Umweltbericht und den Artenschutzfachbeitrag. Diese werden im weiteren Planverfahren zum Entwurf des Bebauugsplanes erstellt. Anhand der Ergebnisse werden die Planzeichnung, die Textlichen Festsetzungen und die Begründung entsprechend angepasst.
5.14-17	2.1. Unterlassene Nennung des Vorhabenträgers Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird nur auf Antrag eines Vorhabenträgers, wenn alle sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind, aufgestellt. Hierüber wird gem. § 11 BauGB ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen. Da der vorgelegte Bebauungsplan auf Antrag und "Kosten" des Vorhabenträgers erstellt wurde, ist dieser zu benennen. Das ist vorliegend nicht geschehen. In der erneuten öffentlichen Auslegung der Planungsunterlagen ist dieser Mangel zu beheben.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert. Die Beteiligung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes erfolgte gesetzeskonform. Eine erneute Beteiligung ist gegenstandslos. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.
5.14-18	2.2 Fehlende Gutachten, Berichte und Fachplanungen Die nachfolgend bemängelten Unvollständigkeiten stellen als Verstoß gegen die Mindestanforderungen des BauGB einen so gravierenden Mangel dar, dass der Planungsentwurf erst nach Vervollständigung erneut öffentlich ausgelegt werden kann. Im derzeitigen Erarbeitungsstand ist der vorgelegte vorhabenbezogene Bebauungsplan nicht genehmigungsfähig.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Zum Vorentwurf besteht kein Anspruch auf den Umweltbericht und den Artenschutzfachbeitrag bzw. weitere Gutachten. Diese werden im weiteren Planverfahren zum Entwurf des Bebauungsplanes erstellt. Die Beteiligung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes erfolgte gesetzeskonform. Eine erneute Beteiligung ist gegenstandslos. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

5.14-19	2.2.1. Fehlender Umweltbericht Gem. § 2a) BauGB hat die Gemeinde im Aufstellungsverfahren dem Entwurf des Bauleitplans (hier: vorhabenbezogener Bebauungsplan) eine Begründung beizufügen, welche folgende Punkte darlegt: 1 Ziele, Zwecke und wesentliche Auswirkungen 2 Umweltbericht incl. der ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes. Der Umweltbericht bildet einen gesonderten Teil der Begründung - und fehlt in den vorgelegten Planungsunterlagen. Dieser Aspekt der Unvollständigkeit bedeutet, dass der Plan noch nicht entscheidungsreif ist und eine BauGB-konforme Beteiligung der Öffentlichkeit erst dann erfolgen kann, wenn die Begründung insoweit vollständig ist. Ohne Kenntnis der bestehenden Belange des Umweltschutzes und deren erste fachliche Bewertung durch die plangebende Gemeinde ist eine diesbezüglich fachlich qualifiziert Stellungnahme abzugeben, nicht möglich. Damit würde aber der Zweck der Öffentlichkeitsbeteiligung verfehlt und lediglich zur Farce. Zur Überwindung der rechtlichen Unzulässigkeit des gewählten Vor-gehens genügt es bei Weitem nicht, zu erklären, dass der vorge-schriebene Umweltbericht "im weiteren Verfahrensverlauf" "er-stellt" wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Zum Vorentwurf besteht kein Anspruch auf den Umweltbericht. Dieser wird im weiteren Planverfahren zum Entwurf des Bebauungsplanes erstellt. Die Beteiligung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes erfolgte gesetzeskonform. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.
5.14-20	2.2.2. Fehlende Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung und Grünordnungsplanung Ohne Vorliegen dieser Planungen fehlen sämtliche Angaben zum relevanten Naturhaushalt wie bestehendem Landschaftsbild. Ohne Bilanzierung können keine Biotopwertüberschüsse oder -defizite dargelegt bzw. Biotopwertpunkte vergeben werden. Es ist eindeutig darzulegen, welche Kompensationsmaßnahmen ggf. zu erbringen sind. Dazu müssen Maßnahmebereiche flächenmäßig mit dem zu erwartenden Aufwertungspotential bestimmt werden. Damit ist der ausgelegte Planentwurf unvollständig und muss erneut öffentlich ausgelegt werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Zum Vorentwurf besteht kein Anspruch auf vollständig vorliegende Kompensationsmaßnahmen. Diese werden im weiteren Planverfahren zum Entwurf des Bebauungsplanes erstellt. Die Beteiligung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes erfolgte gesetzeskonform. Eine erneute Beteiligung ist gegenstandslos. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.
5.14-21	2.2.3. Fehlender Artenschutzfachbeitrag Der Artenschutzfachbeitrag legt z. B. die im Zusammenhang mit der Realisierung des bauplanungsrechtlich zu legitimierenden Vorhabens vorzunehmende Artenschutzmaßnahmen am Eingriffsort oder ggf. vorgesehenen Ausgleichsflächen fest oder definiert zu schaffende Habitatstrukturen. Ohne Vorliegen des Artenschutzfachbeitrages ist es nicht möglich, zum öffentlich ausgelegten Planungsentwurf ausreichend qualifiziert Stellung zu nehmen.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Zum Vorentwurf besteht kein Anspruch auf den Artenschutzfachbeitrag. Dieser wird im weiteren Planverfahren zum Entwurf des Bebauungsplanes erstellt. Die Beteiligung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes erfolgte gesetzeskonform. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.
5.14-22	2.2.4. Fehlende Waldumwandlungserklärung Der vorgelegte Planungsentwurf berührt waldrechtliche Genehmigungstatbestände. Bevor hier keine konkreten Aussagen vorliegen, ist eine qualifizierte Stellungnahme diesbezüglich nicht möglich. Die vorgelegten Unterlagen sind unvollständig und nicht entscheidungsreif.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Waldumwandlung wird im weiteren Planverfahren geklärt. Maßgeblich ist hier die Genehmigung durch die Untere Forstbehörde. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

5.14-23	2.2.5. Fehlende Darstellung der Auswirkungen der Planung incl. Flächenbilanz Darzulegen, dass "(d)ie Auswirkungen der Planung auf die einzelnen Schutzgüter einschließlich der zu erwartenden Wechselwirkungen ... im weiteren Verfahren erarbeitet" werden, genügt nicht den Anforderungen des BauGB. Stellungnahmen sind demzufolge auch unter diesem Aspekt nicht möglich, abzugeben; die vorgelegten Unterlagen sind unvollständig und eine erneute öffentlich Auslegung unumgänglich.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Zum Vorentwurf besteht kein Anspruch auf den Artenschutzfachbeitrag sowie konkrete Angaben zu den Komepnsationsmaßnahmen. Diese werden im weiteren Planverfahren zum Entwurf des Bebauunsgplanes erstellt. Die Beteiligung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes erfolgte gesetzeskonform. Eine erneute Beteiligung ist gegenstandslos. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.
5.14-24	2.2.6. Fehlender Vorhaben- und Erschließungsplan Gem. § 12 Abs. 3 Satz 1 BauGB ist der Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Zwar wird in den vorgelegten Planungsunterlagen darauf hingewiesen dass der VEP dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan beigefügt werden wird, Tatsache ist jedoch, dass er nicht beigefügt ist. Damit sind die vorgelegten Planungsunterlagen auch unter diesem Aspekt unvollständig und müssen erneut öffentlich ausgelegt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Zum Vorentwurf besteht kein Anspruch darauf den Vorhaben- und Erschließungsplan mit auszulegen. Der Vorhaben- und Erschließungsplan wird zum Entwurf des Bebauungsplanes mit ausgelegt. Die Beteiligung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes erfolgte gesetzeskonform. Eine erneute Beteiligung ist gegenstandslos. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.
5.14-25	2.2.7. Fehlende Darstellung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten Der plangebenden Gemeinde ist in dieser Phase der Entwurfsplanung nicht bekannt, welche diesbezüglichen Rechte bestehen und ggf. in welcher Form berücksichtigt werden müssen. Der vorgelegte Planungsentwurf ist damit unvollständig und muss erneut öffentlich ausgelegt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden auch von der Planung betroffene bzw. berührte Ver- und Entsorgungsunternehmen um die Abgabe einer Stellungnahme gebeten. Erforderliche Geh- Fahr- und Leitungsrechte werden zum Entwurf des Bebauunsgplanes ermittelt und bei Bedarf festgesetzt. Die Beteiligung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes erfolgte gesetzeskonform. Eine erneute Beteiligung ist gegenstandslos. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.
5.14-26	2.2.8. Fehlende bauordnungsrechtliche Festsetzungen Die Ankündigung "zur Sicherung der angestrebten städtebaulichen Gestaltung und Gewährleisten der Sicherheit werden ... bauordnungsrechtliche Festsetzungen für das Plangebiet getroffen.", genügt nicht den Anforderungen des BauGB in Bezug auf die Anforderungen bzgl. Vollständigkeit der Planungsunterlagen im Wege der öffentlichen Beteiligung. Damit sind die vorgelegten Unterlagen auch insoweit unvollständig und eine öffentliche Neuauslegung unvermeidbar.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan finden sich unter Teil B Textliche Festsetzungen II um Angaben zu Einfriedungen. Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen liegen demzufolge vor. Die Beteiligung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes erfolgte gesetzeskonform. Eine erneute Beteiligung ist gegenstandslos. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.
5.14-27	2.3 Fehlerhafte Quellenangaben im Literaturverzeichnis Die plangebende Gemeinde gibt unter den Quellen /7/ bis /9/ jeweils an, dass der Regionale Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge (Hrsg.) jeweils der Verfasser der Regionalplanungen für die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien, wie des Braunkohleplanes für den Tagebau Nochten ist. Solche Fehler passieren i. d. R. nur, wenn Pläne "schlampig zusammenkopiert" werden - ein Eindruck, der sich bei der Durchsicht der vorgelegten Planungsunterlagen tatsächlich aufdrängt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Angaben zum Herausgeber werden korrigiert und der Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien angegeben.

5.14-28	3 Unzureichend städtebaulich determinierte Begründung § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB verpflichtet Gemeinden, Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist. Unzulässig ist demnach eine "Gefälligkeitsplanung", die vorliegt, wenn eine planerische Festsetzung ausschließlich den Zweck hat, private Interessen zu befriedigen. Die Angaben der Gemeinde Schleife zum städtebaulichen Erfordernis in Bezug auf den vorgelegten Planungsentwurf umfassen lediglich folgende Angaben: 1. "Die vorliegende Planung verfolgt das Ziel, die betreffende Fläche für eine Photovoltaikfreiflächenanlage zu sichern und unter Berücksichtigung der Belange des Klima-, Umwelt- und Artenschutzes, das Planungsgebiet als Sonstiges Sondergebiet nach § 11 Abs. 2 der BauNVO mit der Zweckbestimmung Erneuerbare Energien festzusetzen. Zulässig sind die Errichtung und der Betrieb von baulichen Anlagen zur Stromerzeugung aus Solarenergie als aufgeständertes System inkl. der zugehörigen Nebenanlagen." und 2. "Die Aufstellung des Bebauungsplanes ... erfolgt aus dringenden Gründen, die sich aus der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zum nachhaltigen Umbau des Energiesektors ergeben." Konkrete Bezüge zur "städtebaulichen Ordnung", wie sie das BauGB als unerlässlich vorschreibt, fehlen vollkommen. "Gesamtgesellschaftliche Aufgaben" ohne Einbettung in den Kontext der städtebaulichen Ordnung sind in diesem Sinne nicht BauGB-relevant.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die städtebauliche Begründung für die Notwendigkeit ergibt sich aus § 1 Abs. 6 Nr. 7f und Nr. 8e BauGB. Diese beinhaltet die Berücksichtigung der Belange zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie der Sicherung der energetischen Versorgung.
5.14-29	Auch die Frage der Dringlichkeit, die hier das Planungserfordernis begründen soll, wurde lediglich behauptet, ohne sie, was mindestens erforderlich wäre, in einen konkreten zeitlichen Rahmen einzubinden. Die Darlegung von Opportunitätskosten bei der Wahl anderer "zeitlicher" Alternativen erfolgte ebenfalls nicht. Behauptungen ohne Bezug und Substanz ersetzen keine genehmigungsfähige Bauleitplanung. Damit wird von hiesiger Seite angenommen, dass es sich bei der vorgelegten Planung um eine sog. Gefälligkeitsplanung handelt, welche gerichtsfest nicht durchgesetzt werden kann.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die dringenden Gründe für die Erstellung des vorliegenden, vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ergeben sich anhand dem Bedarf zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Das sogenannten "Osterpaketes" der Bundesregierung sieht im finalen Gesetzesentwurf, der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird, vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Es wird ein Anteil der erneuerbaren Energien von 80 % an der Stromversorgung im Jahr 2030 beabsichtigt. sein. Unter Berückichtigung der zeitlichen Aufwendung für Plan- und Genehmigungsverfahren, die nur eine deutlich verzögerte Realisierung zulassen, sowie der Feststellung, dass nicht alle (privaten) baulichen Anlagen aus verschiedensten Gründen (Veto des Eigentümers, fehlende Eigenschaften des Tragwerkes, städtebauliche Hinderungsgründe etc.)für Photovoltaik geeignet sind, und der sukzessiven Rücknahme von umweltschädlichen Energien aus der Stromproduktion, ergibt sich die Notwendigkeit zur Zulassung weiterer Anlagen der Erneuerbaren Energien.
5.14-30	Das gilt umso mehr, als nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB insbesondere die Belange des Umweltschutzes incl. Naturschutz und Landschaftspflege zu berücksichtigen sind: a)die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt, b)die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes, c)umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt, was vorliegend nicht erfolgte.	Einwand wird berücksichtigt.	Die aufgeführten Sachverhalte werden in den im weiteren Planverfahren, zum Entwurf, zu erstellenden Unterlagen zur Eingriffsregelung, Artenschutzfachbeitrag sowie im Umweltbericht detailliert untersucht. Die Ergebnisse der Untersuchungen werden in den textlichen, zeichnerischen Festsetzung sowie in der Begründung berücksichtigt.

5.14-31	4. Fehlender zugehöriger Flächennutzungsplan Vorhabenbezogene Bebauungspläne sind nicht genehmigungsfähig, wenn sie inhaltlich nicht mit dem zugehörigen Flächennutzungsplan übereinstimmen oder ein solcher nicht existiert. Die vom BauGB vorgeschriebene mehrstufige Bauleitplanung ist einzuhalten, Ausnahmen sind nicht möglich. So baut ein Bebauungsplan auf einem Flächennutzungsplan auf. Ein Bebauungsplan ohne Flächennutzungsplan ist nicht genehmigungsfähig. Beide Bauleitpläne können parallel aufgestellt werden und lediglich vorhabenbezogen sein. Dies ist vorliegend jedoch nicht der Fall. Der Plangeber teilt in seiner Begründung mit Bezug zum Sachverhalt lediglich mit, dass der notwendige Flächennutzungsplan "gegenwärtig erstellt" wird und dass der Aufstellungsbeschluss aus dem Jahr 2007 stammt - also gut 14 Jahre alt ist. Damit ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass der vorgelegte vorhabenbezogene Bebauungsplan bzgl. der bauplanungsrechtlich zu legitimierenden Flächeninanspruchnahme nicht im 14 Jahre alten "Flächennutzungsplan" enthalten ist. Nun hat der Plangeber lediglich zwei Möglichkeiten zur Wahl: Entweder wird auf den vorgelegten vorhabenbezogenen Bebauungsplan verzichtet oder es wird ein zugehöriger (vorhabenbezogener) Flächennutzungsplan aufgestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Aufstellung von Bebauungsplänen ohne zugehörigen Flächennutzungsplan ist unter Einhaltung des § 8 BauGB möglich. Im vorliegenden Fall erfolgt die Aufstellung nach § 8 Abs. 4 BauGB, also auf Basis dringender Gründe, die hier die Entwicklung zugunsten Erneuerbarer Energien darstellt. Die dringenden Gründe für die Erstellung des vorliegenden, vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ergeben sich anhand dem Bedarf zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dieser wird gemäß des "Entwurfes eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor" 04/2022 maßgeblich unterstützt. Dieser sieht gemäß § 2 den vorrangigen Ausbau der Erneuerbaren Energien aufgrund eines überragenden öffentlichen Interesses und Gegenstand der nationalen Sicherheit vor. Es wird ein Anteil der erneuerbaren Energien von 80 % an der Stromversorgung im Jahr 2030 beabsichtigt. Der hier dargelegte Sachverhalt wird in die Begründung mit aufgenommen.
5.14-32	5 Natur- und artenschutzrechtliche Belange Nach hiesiger Auffassung verstößt das bauplanungsrechtlich zu legitimierende Vorhaben in Bezug auf den Schutz von Vögeln, Fledermäusen, Amphibien, Säugetieren und Insekten gegen die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) und die Europäische Vogelschutzrichtlinie (VRL). Die Verbreitung der Arten, wie ihr Erhaltungszustand hätte gutachterlich betrachtet werden müssen. Da es die Sitzgemeinde für zielführend erachtet hat, auf die Erstellung und öffentliche Auslegung eines Umweltberichtes, wie des Artenschutzfachbeitrages zu verzichten, ist sie fachlich nicht in der Lage, die Zulässigkeit des Vorhabens zu beurteilen. Gleichwohl ist anzunehmen, dass es im Bereich Natur- und Artenschutz unauflösliche Konflikte mit dem Schutzstatus der nachgewiesenen Arten und der durch den vorhaben-bezogenen Bebauungsplan zu legitimierenden Nutzung geben wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Ein Verzicht liegt nicht vor. Der Artenschutzfachbeitrag und der Umweltbericht werden im weiteren Planverfahren zum Entwurf des Bebauungsplanes erstellt. Die Kartierungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde.
5.14-33	Insgesamt ist die vorgesehene Nutzung nach hiesiger Einschätzung mit zahlreichen negativen Auswirkungen für Natur und Umwelt verbunden, z. B.: -auf die bestehenden Sichtbeziehungen und -auf den Erholungswert des Areals. Im unmittelbaren Einwirkungsbereich des Vorhabens befinden sich mehrere anerkannte Schutzgebiete: -FFH-Schutzgebiet "Spreetal und Heiden zwischen Uhyst und Spremberg" - Naturschutzgebiet "NSG Schleife" -Landschaftsschutzgebiet "LSG Slamer Heide".	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Es konnte ausschließlich eine Sichtbeziehung innerhalb des Geltungsbereiches festgestellt werden. Diese befindet sich entlang der Hochspannungsleitung. Ein Mehrwert dieser Sichtachse konnte weder aus städtebaulicher noch aus landschaftsplanerischer Sicht festgestellt werden. Die Auswirkungen der Lage des Planvorhabengebietes in Bezug auf die naturschutzrechtlich ausgewiesenen Schutzgebiete und bei Umsetzung des Vorhabens werden im Umweltbericht und einer gesonderten FFH-Vorprüfung untersucht. Dieser wird im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan erstellt.

5.14-34	Die dort und in der sonstigen Umgebung, wie unmittelbar am geplanten Standort beheimateten, streng geschützten Arten, z. B. Fledermäuse genießen einen zu beachtenden Schutzstatus nach dem Bundes-naturschutzgesetz und von europäischem Rang: § 44 Abs. 5 BNatSchG stellt äußerst strenge Anforderungen an die planerische Praxis von Planungs- und Zulassungsverfahren im Zusammenhang mit geschützten Arten. Im Vordergrund steht dabei die Sicherung der ökologischen Funktion betroffener Fortpflanzungs- und Ruhestätten bzw. Pflanzenstandorten. Sind in Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführte Arten oder europäische Vogelarten sowie deren Fortpflanzungs- und Ruhestätten betroffen, gilt, dass bei Handlungen zur Durchführung von nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffen in Natur- und Landschaft der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nur dann nicht verwirklicht ist, wenn sichergestellt ist, dass trotz Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung einzelner Nester, Bruthöhlen, Laichplätze usw. die ökologische Funktion der Lebensstätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin gewährleistet ist. Aber: Es reicht zur Vermeidung des Verbotstatbestandes i. d. R. nicht aus, dass potentiell geeignete Ersatzlebensräume innerhalb des Vorhabengebietes vorhanden sind. Bei dem in Nummer 2 geregelten Störungsverbot werden wie im Artikel 12 Abs. 1 Buchst. b FFH-Richtlinie und Artikel 5 Buchst. d der Vogelschutzrichtlinie bestimmte Zeiten und nicht mehr bestimmte Orte, an denen eine Störung verboten ist, in Bezug genommen: Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten. Bei einigen Arten können sie den gesamten phänologischen Lebenszyklus nahezu lückenlos abdecken. Eine Störung kann grundsätzlich durch Beunruhigen und Scheuchwirkungen, z. B. infolge von Bewegungen, Lärm oder Licht eintreten. Unter das Verbot fallen auch Störungen, die durch Zerschneidungs-oder optische Wirkungen hervorgerufen werden. Werden Tiere an ihren Fortpflanzungs- und Ruhestätten gestört, kann dies zur Folge haben, dass diese Stätten für sie nicht mehr nutzbar sind. Insofern ergeben sich zwischen dem "Störungstatbestand" und dem Tatbestand der "Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten" zwangsläufig Überschneidungen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung untersucht auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten hinsichtlich des Eintritts der genannten Verbotstatbestände des §44 BNatSchG. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden.
5.14-35	Bei der Störung von Individuen an ihren Fortpflanzungs- und Ruhestätten ist dann von einer Beschädigung einer solchen Stätte auszugehen, wenn die Auswirkungen auch nach dem Wegfall der Störung betriebsbedingt andauern. Nach § 44 BNatSchG ist es jedoch verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzu-stellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen, Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Zu den besonders geschützten Arten gehören gemäß der Begriffsdefinition des § 10 Abs. 2 Nr. 10 BNatSchG u. a. alle europäischen Vo-gelarten. Dies sind die in Europa natürlich vorkommenden Vogelarten im Sinne von Art. 1 VRL. Die Regelung des § 44 BNatSchG gilt unmittelbar und bedarf daher auch keiner Umsetzung in Landesrecht. Das Verbot bezieht sich auf alle Entwicklungsformen bzw. -stadien, mithin auch auf Eier und schließt über den Begriff der Niststätten auch Vogelnester ein.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung untersucht auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten hinsichtlich des Eintritts der genannten Verbotstatbestände des §44 BNatSchG. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Der Untersuchungsumfang hinsichtlich des zu kartierenden Artenspektrums wurde mit der zuständigen Naturschutzbehörde abgestimmt.

5.14-36	62 BNatSchG regelt, unter welchen Bedingungen Befreiungen von dem Verbot erteilt werden können. Dabei ist zu beachten, dass nach Abs. 1 Satz 1 2. Halbsatz die Art. 5 bis 7 und 9 VRL der Befreiung nicht entgegenstehen dürfen. Art. 5 und 9 VRL sind für Planungs-und Zulassungsverfahren relevant.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis der §62 BNatSchG regelt die Bereitstellung von Grundstücken. Die genannten Befreiungen sind in §67 BNatSchG geregelt. Bei der Zulassung von Handlungen, Eingriffen, Vorhaben oder Projekten ist zu prüfen, ob durch die Umsetzung des B-Planes die Verletzung artenschutzrechtlicher Verbote i.S.d. § 44 BNatSchG eintritt. Dies gilt, wenn sich Auswirkungen auf Vorkommen geschützter Arten ergeben, die gegenüber dem Ist- Zustand zu einer signifikanten Beeinträchtigung führen. Die beschriebene Prüfung wird im Artenschutzfachbeitrag dokumentiert, der den Unterlagen zum Entwurf des B-Planes beigefügt wird. In die Bewertung gehen Vermeidungs -und Minderungsmaßnahmen ein, so dass die Auswirkungen auf die die vorkommenden bzw. betroffenen Arten auf ein Minimum beschränkt werden. Ob eine Ausnahme (§ 45 Abs. 7 BNatSchG) oder Befreiung (§ 67 BNatSchG) erforderlich wird, ist im Rahmen des Vorhabens zu klären.
5.14-37	Für Abweichungen müssen folgende Gründe vorliegen: -das Interesse der Volksgesundheit -das Interesse der öffentlichen Sicherheit -das Interesse der Luftfahrt zur Abwendung erheblicher Schäden an Kulturgütern, Viehbeständen, Wäldern, Fischereigebieten und Gewässern zum Schutz der Pflanzen- und Tierwelt. Das alles trifft für die vorgesehene Nutzung nicht zu. Verstöße gegen das Bundesnaturschutzgesetz und die Europäische Vogelschutzrichtlinie sind also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Eine Genehmigungsfähigkeit des vorgelegten Planungsentwurfes erscheint damit ausgeschlossen.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.
5.14-38	5.1. Fledermäuse Die fehlenden Untersuchungen, welche im Artenschutzfachbeitrag zu dokumentieren sind, müssen, sollten sie noch nachgeholt werden, folgenden Anforderungen genügen: es sind in den Untersuchungszeitraum auch Nächte einzubeziehen -Fledermausaktivitäten sind über die entsprechenden Rufsequenzen nachzuweisen -es sind anerkannte Quellen zu zitieren, die qualifiziert Aufschluss über den (hier fehlenden) Untersuchungsgegen-stand geben -der Lebenszyklus der Tiere ist ausreichend differenziert zu betrachten -zu berücksichtigen ist für die auszuwählenden Untersu-chungszeiträume, dass von April bis Ende Juli naturgemäß relativ geringe Fledermaus-Aktivitäten zu erwarten sind, im August hingegen sind entsprechende Ruf-Aktivitäten in der Nacht wahrzunehmen.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Zum Vorentwurf besteht kein Anspruch auf einen Artenschutzfachbeitrag. Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt untersucht und bei Bedarf berücksichtigt. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des Bebauungsplanes auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.

5.14-39	5 . 2 . Vögel Da auch hierzu keinerlei Untersuchungen vorgelegt wurden, wird darauf hingewiesen, dass die nachzuholenden Maßnahmen mindestens unter Berücksichtigung der folgenden Aspekte durchzuführen sind: -es sind konkrekte Flugradien zu bestimmen -Flugbewegungen sind auch jenseits des unmittelbaren Anlagenbereiches zu untersuchen und zu bewerten -eine Beschränkung der Untersuchungen auf einige ausgewählte Vogelarten ist unzulässig; das gesamte Arteninventar ist zu berücksichtigen -sicher ist bereits jetzt, dass zahlreiche Vorgelarten am geplanten Standort wie in dessen Umgebung ihre Ruhe-, Futter- und Nisthabitate haben. Grundsätzlich ist zu befürchten, dass es durch das Vorhaben zu einer Vergrämung bestimmter geschützter Vorgelarten kommt, weil diese z. B. ihre Nahrungshabitate nicht mehr aufsuchen können. Zielführende Strategien zur Auflösung dieses Konfliktes, z. B. durch Ausweisung von Ersatzhabitaten und Benennung von konkreten Vermeidungsstrategien, sind den vorgelegten Unterlagen nicht zu entnehmen. Diese sind auch aus diesem Grunde unvollständig und nicht genehmigungsfähig.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Zum Vorentwurf besteht kein Anspruch auf einen Artenschutzfachbeitrag. Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt untersucht und bei Bedarf berücksichtigt. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des Bebauungsplanes auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft. Die Kartierungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde.
5.14-40	5.3. Amphibien Beurteilungsrelevante Arten im unmittelbaren und mittelbaren Einwirkungsbereich des vorgesehenen Anlagenstandortes sind in den vorgelegten Planungsunterlagen nicht benannt. Dabei gibt es mehrere Flächen, die als mögliche Sommer- und Überwinterungsquartiere einzuordnen sind. Auch mehrere Gewässer kommen grundsätzlich als Laichhabitate in Betracht. Diesbezügliche gutachterliche Einschätzungen sind bei einer erneuten öffentlichen Auslegung der Planungsunterlagen beizufügen.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Zum Vorentwurf besteht kein Anspruch auf einen Artenschutzfachbeitrag. Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt untersucht und bei Bedarf berücksichtigt. Die Kartierungen erfolgen im weiteren Planverfahren, auf deren Basis ein Artenschutzfachbeitrag erstellt wird. Die Beteiligung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes erfolgte gesetzeskonform. Eine erneute Beteiligung ist gegenstandslos. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.
5.14-41	5.4. Angaben im Planungsentwurf Obwohl dem vorgelegten Planungsentwurf weder ein Umweltbericht, noch ein Artenschutzfachbeitrag beiliegen, was in Bezug auf die BauGB-Relevanz unzulässig ist, ist es dem Plangeber dennoch gelungen, einige Angaben zum Natur- und Artenschutz in sein Papier einzuarbeiten: - Begründung, S. 8 "geringe Artenvielfalt" Wie der Plangeber ohne systematische Untersuchung der relevanten Arten und ohne Vorlage eines Arteninventars zu der Einschätzung kommt, dass das Areal über eine "geringe Artenvielfalt" verfügt, ist nicht erkennbar. Diese tendenziöse, einseitige Planaufbereitung mit dem erkennbar ausschließlichen Ziel, möglichst schnell -und auch ohne Berücksichtigung der natur- und artenschutzrelevanten Gesetze - an die bauplanungsrechtliche Genehmigungsvoraussetzung für den Vorhabenträger zu kommen, ist mit den geltenden Regelungen des BauGB unvereinbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Hierbei handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet. Die Angaben zum Natur- und Artenschutz werden anhand der Ergebnisse des Artenschutzfachbeitrages im weiteren Planverfahren angepasst und konkretisiert. Die Beteiligung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes erfolgte gesetzeskonform. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

5.14-42	Begründung, S. 8 "zukünftig(er) Lebensraum für andere Arten" Dem Plangeber scheint in diesem Zusammenhang relevant zu sein, dass es sich bei dem zu überplanenden Areal "unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten" um einen besonders geeigneten Standort handelt. Dabei wird vollkommen verkannt, dass wirtschaftliche Aspekte kein Kriterium der städtebaulichen Ordnung gem. § 1 Abs. 3 BauGB darstellen und diese keinesfalls die Vorgaben des BNatSchG wie der VRL außer Kraft setzen können. Ohne Beleg und rechtliche Einordnung wird festgestellt, dass "durch die vorgesehenen Änderungen zukünftig Lebensraum für andere Arten" incl. Artenzunahme geschaffen wird. Sieht man davon ab, dass die "vorgesehenen Änderungen" an keiner Stelle artenschutzfachlich beschrieben werden, ist die Einschätzung, dass zwar die derzeitigen Habitate für diverse, auch streng geschützte, Arten verloren gehen, dafür aber etwas anderes, was wiederum auch nicht benannt und bewertet wird, aus naturschutzfachlicher Sicht absolut unhaltbar! Das Fazit des Plangebers, dass es "insgesamt im Rahmen des Vorhabens durch gezielte Maßnahmen zu einer Artenzunahme _" kommen wird, ist ohne Substanz nichts als eine Behauptung. Insgesamt muss wohl festgestellt werden, dass es den Planverantwortlichen der Sitzgemeinde an den grundlegensten Kenntnissen bzgl. BauGB-Relevanz in Bezug auf Natur- und Artenschutzrecht allgemein, als auch in Bezug auf das BNatSchG und die VRL konkret mangelt. Es wird dringend dazu geraten, für die erneute öffentliche Auslegung der Planungsunterlagen fachlich anerkannte Expertise einzuholen.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Beteiligung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes erfolgte gesetzeskonform. Eine erneute Beteiligung ist gegenstandslos. Die Angaben zum Natur- und Artenschutz werden anhand der Ergebnisse des Artenschutzfachbeitrages im weiteren Planverfahren angepasst und konkretisiert. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.
5.14-43	<u>6. Sonstiges</u> U. a. unter www.pv-magazine.de wird am 16. November 2021 berichtet, dass "hohe Modulpreise und Lieferengpässe bis 2023" für Photovoltaik-Anlagen erwartet werden. "Ein Sinken der Kosten erwartet IHS Markit erst ab 2023, wenn zusätzliche Kapazitäten Abhilfe schaffen würde. "Die intensive Unterbrechung der Logistik- und Lieferketten im vergangenen Jahr hat die Kosten für Photovoltaik-Materialien auf neue Höchststände getrieben", so die Analysten. "Darüber hinaus hat die Ankündigung neuer Strombeschränkungen in der zweiten Jahreshälfte 2021 die Produktion der Hersteller in bestimmten Provinzen stark eingeschränkt, was sich auf die Produktion von Schlüsselmaterialien wie metallisches Silizium, Polysilizium und Solarglas auswirkt und die Preise weiter in die Höhe treibt." So seien die Preise für Polysilizium zwischen Oktober 2020 und Oktober 2021 um mehr als 200 Prozent gestiegen. Auch die Kosten für Solarglas und Kupfer hätten sich erhöht. Doch nicht nur Module sind von dem Preisanstieg betroffen, auch andere Photovoltaik-Komponenten wie Wechselrichter und Monta-gestelle sind wegen knapper Materialien oder höherer Rohstoffkosten teurer geworden. Dazu kommen hohe Frachtkosten und Verzögerungen bei der Verschiffung der Waren, die wohl bis ins Jahr 2022 anhalten werden und die Wirtschaftlichkeit internationaler Photovoltaik-Projekte gefährden." Ob der Vorhabenträger unter diesen erheblich veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiterhin bereit und in der Lage ist, sein Vorhaben, welches durch den vorgelegten vorhabenbezogenen Bebauungsplan bauplanungsrechtlich legitimiert werden soll, zu realisieren, ist unbedingt von der Sitzgemeinde zu prüfen. Eine "Investitionsruine" wäre in diesem Fall ein verwüstetes Areal als Folge der Zerstörung einer intakten Naturlandschaft incl. streng geschützter Habitate von deutschem und europäischem Rang.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Bezug nehmend auf die vorgelegte Quelle, kann daraufhin gewiesen werden, dass aufgrund des zu durchlaufenden Planverfahrens eine Realisierung des Planvorhabens nicht vor Beginn 2023 erfolgt.

5.14-44	7. Besonderheiten des vorgelegten Planungsentwurfs Der vorgelegte Planungsentwurf stellt sich als fortlaufende Aneinanderreihung von Verstößen gegen das BauGB dar; hierzu gehören auch höchst eigenwillige Interpretationen von Notwendigkeiten:	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt.
5.14-45	7.1. Standortalternativen Bauplanungsrechtlich ist es erforderlich, Standortalternativen zum gewählten Entwurf zu diskutieren und die getroffene Entscheidung nachvollziehbar darzulegen. Das ist vorliegend nicht erfolgt. Der Plangeber vergleicht lediglich die Alternativen Photovoltaik-Anlagen auf privaten, öffentliche wurden in die Überlegungen nicht einbezogen, Dächern zu installieren mit dem Freiflächen-Standort und kommt zu dem Schluss, dass die Alternative für die privaten Hauseigentümer i. d. R. einen zu großen finanziellen Aufwand bedeuten würde, weshalb diese verworfen wurde. Damit vergleicht der Plangeber jedoch zwei Alternativen, die grundsätzlich nicht vergleichbar sind.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt. Die Standortalternativenprüfung wird in Abstimmung mit der Gemeinde im weiteren Planverfahren angepasst. Die Begründung wird hierzu im weiteren Planverfahren angepasst.
5.14-46	Eine BauGB-konforme Standortalternativen-Betrachtung hätte z. B. die beiden Standorte "Außenhalde Mulkwitz West" und "Umspannwerk" mit dem Planungsgegenstand "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" vergleichen müssen. Da die beiden sonstigen Standorte ebenfalls mit einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan ausgestattet wurden, hat der Plangeber selbst die Anlage "Bahnstrecke Schleife" verworfen, weil es Alternativen gibt.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Bei den Planvorhaben "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife" und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" handelt es sich um keine konkurrierenden Planvorhaben, die gegeneinander abzuwägen sind bzw. als alternative Planungen anzusehen sind.
5.14-47	7.2. Kosteneffiziente Erschließung Die vom Plangeber für die Standortentscheidung angeführte "kosteneffiziente Erschließung" als Entscheidungskriterium ist keines i. S. des BauGB, welches allein gem. § 1 Abs. 3 BauGB das Erfordernis der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung vorsieht. Die Kosteneffizienz ist ein betriebswirtschaftliches Beurteilungskriterium, welches allein der Vorhabenträger in seine Rentabilitätserwartungen aus der geplanten Investition einfließen lässt. Da der Plangeber aber allein den Erfordernissen des BauGB in seiner Bauleitplanung unterliegt, ist das benannte Kriterium nicht sachgerecht gewählt und damit unerheblich.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Das Kriterium der "kostenefiizieten Erschließung" wurde als zu berücksichtigender Belang in der Begründung aufgeführt. Es wurde nicht als wesentliches Entscheidungskriterium dargestellt, wie auch in der nachfolgenden Standortanalyse dargestellt, die unterschiedliche räumliche Möglichkeiten wie die Flächen unter den Hochspannungstrassen und dem Tagebau erörterte.

5.14-48	7.3 Schaffung zukünftigen Lebensraumes "für andere Arten" Ohne sich einen fachlich qualifizierten Überblick über den ökologischen Wert des plangegenständlichen Areals verschafft zu haben, behauptet der Plangeber ohne jeden Beleg folgendes: "Allerdings bietet das Plangebiet durch die vorgesehene Aufwertung benachbarter Bestände zukünftig Lebensraum für andere Arten: Dies kann durch gezielte Maßnahmen zu einer Artenzunahme führen." Die "vorgesehene Aufwertung benachbarter Bestände" wird nicht einmal ansatzweise nachvollziehbar dargestellt, über welche Gebiete sich ein "zukünftiger Lebensraum" mit welchen Umweltanforderungen für welche Arten erstrecken soll, bleibt ebenfalls im Dunkeln. Um den Mindestanforderungen des BauGB und des BNatSchG Genüge zu tun, ist es erforderlich, dass der Plangeber diesen Teil seiner Begründung mit Substanz anreichert.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Abschnitt 2.4. in der Begründung wird im weiteren Planverfahren anhand der Ergebnisse der Kartierungen, der Ergebnisse des Artenschutzfachbeitrages sowie den Vorgaben der unteren Naturschutzbehörde angepasst und konkretisiert.
5.14-49	7.4 Einordnung des Gesamtvorhabens als "Maßnahme zum technischen Umweltschutz" Laut Angaben des Plangebers im vorgelegten Planungsentwurf ist das zu überplanende Gebiet derzeit als Waldwirtschaftsfläche genutzt. Bauplanungsrechtlich soll eine Photovoltaikfreiflächenanlage legitimiert werden. Eine "Maßnahme zum technischen Umweltschutz" wäre damit bauplanungsrechtlich nicht vereinbar. Darüber hinaus handelt es sich beim Planvorhaben nicht um eine Maßnahme zum technischen Umweltschutz. Lt. Wikipedia werden unter Maßnahmen zum technischen Umweltschutz folgende Maßnahmen verstanden: Technische und technologische Verfahren zum Schutz der Umwelt sowie zur Wiederherstellung bereits geschädigter Ökosysteme. Diesen Zweck erfüllt die "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" nicht - und soll es auch nicht.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der Begriff "technischer Umweltschutz" ist nicht einheitlich definiert. Anhand der in der Stellungnahmen gegebenen Angabe wird daraufhin gewiesen, dass Photovoltaikfreiflächenanlagen dahingehend einen technischen Umweltschutz darstellen, indem sie die Umwelt deutlich weniger belasten als andere Verfahren zur Energiegewinnung (bspw. Braunkohle).
5.14-50	7.5. Bezugnahme auf den 2019-er Entwurf des Regionalplanes Die Bezugnahme auf den 2019-er Entwurf des Regionalplanes kann keine Grundlage für die vorgelegten Planungen sein, weil dieser Entwurf noch keine rechtliche Bindungswirkung für den vorgelegten vorhabenbezogenen Bebauungsplan entfalten kann.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die zweite Fortschreibung des Regionalplanes hat zwar noch keine rechtliche Bindungswirkung, soll jedoch soweit möglich, im Planvorhaben bereits berücksichtigt werden. Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass der Entwurf zur zweiten Fortschreibung bereits von der Landesdirektion Sachsen bei Planungen mit herangezogen wird.
5.14-51	7.6. Benennung von Kompensationsmaßnahmen Kompensationsmaßnahmen sollen lt. Plangeber festgesetzt werden; Waldflächen sollen als Flächen für Kompensationsmaßnahmen fungieren, ebenso wie Offenlandbereiche unter Hochspannungsleitungen. Da es der Plangeber für richtig befunden hat, den notwendigen Kompensationsbedarf nicht zu ermitteln, können nicht "irgendwelche" Flächen benannt werden, ohne ihre Eignung zu spezifizieren. Sollte das Planvorhaben bauplanungsrechtlich als zulässig eingestuft werden, was hier nicht erwartet wird, muss es den Mindestanforderungen des BauGB und des BNatSchG genügen und mit europäischem Natur- und Artenschutzrecht vereinbar sein. Auf Basis der vorgelegten Planungen ist eine diesbezügliche Zulässigkeit mit Sicherheit auszuschließen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ermittlung der Eingriffe in Wald- bzw. Biotopstrukturen sowie des resultierenden Kompensationsbedarfs erfolgen im Rahmen der Entwurfserstellung. Anhand des im Rahmen der Eingriffsregelung sowie im Artenschutzfachbeitrag ermittelten Kompensationsbedarfs werden Kompensationsmaßnahmen entwickelt und dargelegt und in den der textlichen, zeichnerischen Festsetzungen sowie der Begründung zum Entwurf berücksichtigt

5.14-52	7.7 Zulässigkeit von Stellflächen außerhalb der Baugrenzen Der Plangeber legt mit seinem vorgelegten Planungsentwurf fest, dass "Einfriedungen, Anlagen zur inneren Verkehrserschließung einschließlich Stellflächen ... ausnahmsweise außerhalb der Baugrenzen errichtet werden (dürfen)." Dieser Planungsansatz ist unzulässig, da Bebauungspläne flurstückscharf zu fassen sind. Wenn abzusehen ist, dass das vom Vorhabenträger in Anspruch zu nehmende Land größer ist, als es der vorhabenbezogene Bebauungsplan vorsieht, ist entweder der Plan den Erfordernissen anzupassen oder der Plan zu verwerfen.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Baugrenzen entsprechen nicht dem Geltungsbereich. Die benannten Anlagen außerhalb von Baugrenzen sind innerhalb des Geltungsbereiches zu realisieren.
5.14-53	7.8 Abfallrechtliche Einordnung des Wegebau-Materials Der Plangeber legt fest, dass "zum Wegebau auch der Einbau von Recyclingmaterial der Einbauklasse Z 1.1 nach LAGA zulässig (ist)." Die angegebene Quelle 11 bezieht sich auf den forstlichen Wegebau. Da es sich vorliegend nicht um ein i. w. S. forstliches Projekt handelt, ist diese Quelle irrelevant. Darüber hinaus wird hier die Auffassung vertreten, dass es die Gemeinde Schleife unterlassen sollte, nach Abfallrecht eingestuftes Material auf ihren Flächen verbauen zu lassen (LAGA = LänderArbeitsGemeinschaft Abfall).	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der forstliche Wegebau wurde herangezogen, da es sich gegenwärtig um Waldflächen handelt und deren Böden so wenig wie möglich beeinflusst werden sollen. Maßgebend zum Wegebau ist hier die Stellungnahme des Umweltamtes.
5.14-54	7.9. Standorttypische Wiederaufforstung Für Rückbau und Folgenutzung (5.1.9) legt der Plangeber Folgendes fest: "Sollte im Zuge der Vorhabenrealisierung kein vollständiger Waldausgleich geschaffen worden sein, erfolgt eine standorttypische Wiederaufforstung. Sollten dem natur- und artenschutzrechtliche Belange einer Aufforstung entgegenstehen, ist eine andere als forstwirtschaftliche Folgenutzung zulässig." Diese Vorgabe ist viel zu unkonkret, als sie den Anforderungen des BauGB Genüge tut. Der Plangeber muss konkret festsetzen, wann was unter welchen Rahmenbedingen im Zuge des Rückbaus zu erfolgen hat. Da ein vorhabenbezogener Bebauungsplan lediglich ein einziges Vorhaben bauplanungsrechtlich legitimieren kann, sind "Folgenutzungen" pauschal nicht möglich, zuzulassen. Ggf. ist zu späterer Zeit ein neuer (vorhabenbezogener) Bebauungsplan aufzustellen.	Einwand wird berücksichtigt.	In Folge der beabsichtigten Waldumwandlung ist die Fläche im Anschluss kein Wald nach Waldgesetz mehr. Demzufolge muss im Anschluss an den Rückbau der Photovoltaikfreiflächenanlage auch kein Wald zwingend mehr hergestellt werden. Vielmehr ist zu untersuchen, ob in Folge der Photovoltaikfreiflächenanlage schützenswerte Biotope entstanden sind, die eine Waldmehrung ausschließen. Die Begründung wird bzgl. des benannten Sachverhaltes konkretisiert.
5.14-55	8. Fazit Der vorgelegte vorhabenbezogene Bebauungsplan ist aus den o. g. Gründen nicht entscheidungsreif und muss nach seiner Überarbeitung, sollte die Gemeinde Schleife an dem Vorhaben festhalten wollen, erneut öffentlich ausgelegt werden. Darüber hinaus fehlt es den vorgelegten Unterlagen an der gem. § 1 Abs. 7 BauGB notwendigen Abwägung öffentlicher und privater Belange gegen- und untereinander. Ebenso fehlt es an der gem. § 2 Abs. 3 BauGB notwendigen Ermittlung und Bewertung der Belange, welche der Plangeber bei der Aufstellung des vorgelegten Planungsentwurfs zugrunde legt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Die Beteiligung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes erfolgte gesetzeskonform. Eine erneute Beteiligung ist gegenstandslos. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die erforderlichen Gutachten erstellt und die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erhält Jedermann die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

5.15-01	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.15-02	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.15-03	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.15-04	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.15-05	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.15-06	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.15-07	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.

5.15-08	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.15-09	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.15-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.15-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.

5.15-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.15-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.15-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.15-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.

5.15-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.15-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.15-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.15-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.

5.15-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.15-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.15-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.16-01	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.16-02	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.16-03	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.16-04	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.

5.16-05	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.16-06	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.16-07	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.16-08	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.

5.16-09	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.16-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.16-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.16-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.

5.16-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.16-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.16-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.16-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.

5.16-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.16-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.16-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.16-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.16-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.16-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.17-01	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.17-02	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.17-03	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.17-04	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.17-05	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.17-06	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.

5.17-07	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.17-08	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.17-09	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.

5.17-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.17-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.17-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.17-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.

5.17-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.17-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.17-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.17-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.17-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.17-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.17-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.17-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.17-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.18-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.18-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.18-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.18-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.18-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.18-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.

5.18-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.18-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.18-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.

5.18-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.18-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.18-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.18-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.

5.18-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.18-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.18-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.18-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.18-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.18-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.18-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.18-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.

5.18-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.19-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.19-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.19-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.19-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.19-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.19-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.19-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.

5.19-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.19-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.19-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.19-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.

5.19-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.19-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.19-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.19-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.

5.19-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.19-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.19-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.19-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.

5.19-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.19-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.19-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.20-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.20-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.20-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.20-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.

5.20-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.20-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.20-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.20-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.

5.20-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.20-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.20-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.20-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.

5.20-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.20-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.20-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.20-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.

5.20-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.20-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.20-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.20-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.20-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.20-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.

SN-Nr.	Anregungen/Bedenken/Hinweise	Status	Antwort/Handlung/Begründung
5.21-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.21-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.21-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.21-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.21-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.21-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.21-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.

5.21-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.21-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.21-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.21-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.

5.21-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.21-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.21-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.21-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.

5.21-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.21-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.21-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.21-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.

5.21-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.21-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.21-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.22-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.22-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.22-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.22-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.

5.22-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.22-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.22-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.22-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.

5.22-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.22-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.22-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.22-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.

5.22-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.22-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.22-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.22-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.

5.22-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.22-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.22-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.22-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.22-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.22-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.23-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.23-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.23-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.23-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.23-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.23-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.

5.23-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.23-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.23-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.

5.23-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.23-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.23-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.23-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.

5.23-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.23-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.23-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.23-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.23-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.23-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.23-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.23-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.23-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.23-23	Anlage 1 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.23-24	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.23-25	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.

5.23-26	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.
5.23-27	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.23-28	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.

5.23-29	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.
5.23-30	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.23-31	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.

5.23-32	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.23-33	*In der Stellungnahme wird eine Anlage 2 angedeutet, ohne dass diese mit bei liegt.*	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Berücksichtigung möglich.
5.24-01	In dem zu bebauenden Gebiet gibt es viele Tiere, die auf der roten Liste stehen und welche unbedingt zu schützen sind. Desweiteren ist es geplant, das Gebiet einzuzäunen, was bedeutet das die Tiere es nicht mehr nutzen können.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf im Zuge der Aufstellung der Artenschutzrechtlichen Prüfung untersucht und der Entwurf zum Bebauungsplan entsprechend ihrer Ergebnisse angepasst. Für die Einfriedungen werden in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde artengerechte Lösungen im Rahmen des weiteren Planverfahrens entwickelt.
5.24-02	So ist es auch mit der Rodung einer großen Waldfläche, wo sich Tiere befinden. Es ergibt auch keinen Sinn, Wald für erneuerbare Energie zu roden. Sicherlich finden Sie auch andere Flächen (z. B. Bebauung von Dächern öffentlicher Gebäude oder Brachflächen innerhalb der Gemeinde). Warum muss man dafür einenWald roden? Wir haben schon durch den Tagebau viel Natur verloren und die Umweltzerstörung geht noch weiter. Deshalb müssen wir die letzten Naturflächen unbedingt schützen.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Bei den überplanten Flächen handelt es sich um Wald nach SächsWaldG. Gleichzeitig sind die Flächen durch die anliegende Bahnstrecke und die Hochspannungsleitungen technogen und anthropogen vorbelastet. Aus dem Einwand der Schonung von Waldflächen resultiert eine Nutzung vorhandener Freiflächen. Diese entspricht nicht den raumordnerischen Vorgaben, den Freiraum zu schonen. Ebenso sind Freiflächen nicht zwangsläufig von geringerer naturschutzfachlicher Wertigkeit als die hier vorgesehenen Waldflächen. Weiterhin ist zu beachten, dass gemäß dem Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung die erneuerbaren Energien weiter ausgebaut werden sollen. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaktes" 2022 durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Private Eigentümer können nur bedingt dazu verpflichtet werden, Photovoltaik auf ihren baulichen Anlagen zu nutzen. Eine detaillierte Standortbegründung wird im Entwurf des B-Plans ergänzt.
5.24-03	Eine Photovoltaikanlage geht auch mit einer erheblichen Geräuschentwicklung einher, was die Tierwelt stört.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Es sind keine erheblichen Lärmemissionen durch Photovoltaikfreiflächenanlagen bekannt. Eine Beeinträchtigung der Tierwelt durch Schall ist daher nicht zu erwarten.
5.24-04	Man sollte in unserer Region auch mal an die Pflanzen und Tiere denken! Viele Wildtiere, die in dem Gebiet des Tagesbau lebten, wanderten weiter zu dem zu bebauenden Gebiet und sollen nun wieder vertrieben werden.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf im Zuge der Aufstellung der Artenschutzrechtlichen Prüfung untersucht und der Entwurf zum Bebauungsplan entsprechend ihrer Ergebnisse angepasst.

5.24-05	Man sollte den Bürgerwillen mit berücksichtigen. Es wurden ca. 800 handschriftliche Unterschriften und ca. 2700 Unterschriften durch eine Online-Petition gesammelt gegen die Bebauung des Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen, was schon eine große Aussagekraft hat. Egal, von wem die Unterschriften stammen, es gibt ja auch Leute die hier mal gewohnt haben, weggezogen sind und die trotzdem für den Erhalt ihrer ehemaligen Heimat kämpfen, weil sie emotional damit verbunden sind.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.24-06	Laut einer Stellungnahme des NABU vom 26.04.2021 sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlage wird unter der Nummer 5.24-07 bis 5.24-16 ausgewertet.
5.24-07	Anlage 3 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.24-08	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.24-09	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.

5.24-10	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.
5.24-11	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.24-12	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.

5.24-13	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.
5.24-14	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.24-15	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.

5.24-16	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.24-17	Anlage 1 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.24-18	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.24-19	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.

5.24-20	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.
5.24-21	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.24-22	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.

5.24-23	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.
5.24-24	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.24-25	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.

5.24-26	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.25-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.25-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.25-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.25-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.25-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.25-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.25-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.

5.25-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.25-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.25-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.25-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.

5.25-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.25-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.25-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.25-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.

5.25-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.25-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.25-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.25-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.

5.25-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.25-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.25-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.25-23	*Bei Anlage 1 und 2 handelt es sich um Artenlisten. Sie wurden daher nicht im Detail in die Auswertungstabelle aufgenommen.*	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.25-24	Anlage 3 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.25-25	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.25-26	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.

5.25-27	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.
5.25-28	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.25-29	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.

5.25-30	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.
5.25-31	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.25-32	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.

5.25-33	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.25-34	Anlage 4 (Die Anlage 4 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.25-35	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.25-36	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.26-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife“ hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.26-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.26-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.26-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.

5.26-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.26-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.26-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.26-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.

5.26-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.26-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.26-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.26-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.

5.26-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.26-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.26-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.26-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.

5.26-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.26-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.26-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.26-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.26-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.26-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.26-23	*Bei Anlage 1 und 2 handelt es sich um Artenlisten. Sie wurden daher nicht im Detail in die Auswertungstabelle aufgenommen.*	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.26-24	Anlage 3 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.26-25	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.26-26	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.

5.26-27	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.
5.26-28	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.26-29	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.

5.26-30	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.
5.26-31	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.26-32	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.
5.26-33	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.26-34	Anlage 4 (Die Anlage 4 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.26-35	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.26-36	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.27-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.27-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.27-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.27-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.27-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.27-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.

5.27-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.27-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.27-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.

5.27-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.27-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.27-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.27-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.

5.27-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.27-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.27-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.27-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.27-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.27-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.27-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.27-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.27-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.27-23	*Bei Anlage 1 und 2 handelt es sich um Artenlisten. Sie wurden daher nicht im Detail in die Auswertungstabelle aufgenommen.*	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.27-24	Anlage 3 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.27-25	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.27-26	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.
5.27-27	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.

5.27-28	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.27-29	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.
5.27-30	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.

5.27-31	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.27-32	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	
5.27-33	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.27-34	Anlage 4 (Die Anlage 4 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.27-35	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.

5.27-36	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.28-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.28-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.28-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.28-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.28-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.28-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.28-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.

5.28-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.28-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.28-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.28-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.

5.28-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.28-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.28-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.28-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.

5.28-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.28-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.28-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.28-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.

5.28-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.28-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.		Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.28-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.28-23	*Bei Anlage 1 und 2 handelt es sich um Artenlisten. Sie wurden daher nicht im Detail in die Auswertungstabelle aufgenommen.*	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.29-1	<u>1.Lärmbelästigung</u> Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher,die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt.Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Es sind keine erheblichen Lärmemissionen durch Photovoltaikfreiflächenanlagen bekannt. Eine Beeinträchtigung der Tierwelt durch Schall ist daher nicht zu erwarten.
5.29-2	<u>2.Mangelnde Transparenz</u> Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.

5.29-3	3.Stellungnahmen des NABU Bereits in der Stellungnahme vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser ergab sich,dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind.Auf die beigefügte Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruchs gegen den B-PLan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlage wird unter der Nummer 5.29-05 bis 5.29-17 ausgewertet.
5.29-4	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz und der Bundesartenschutzverordnung. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.29-5	Anlage 1 (Die Anlage 4 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.29-6	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.29-7	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.29-8	Anlage 2 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.29-9	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.29-10	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.

5.29-11	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.
5.29-12	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.29-13	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.

5.29-14	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.
5.29-15	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.29-16	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.

5.29-17	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.30-01	1.Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher,die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt.Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Es sind keine erheblichen Lärmemissionen durch Photovoltaikfreiflächenanlagen bekannt. Eine Beeinträchtigung der Tierwelt durch Schall ist daher nicht zu erwarten.
5.30-02	2.Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag" noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.30-03	3.Stellungnahmen des NABU Bereits in der Stellungnahme vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser ergab sich,dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind.Auf die beigefügte Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruchs gegen den B-PLan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlage wird unter der Nummer 5.29-05 bis 5.29-17 ausgewertet.
5.30-04	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz und der Bundesartenschutzverordnung. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfangreich geprüft und bewertet.
5.30-05	Anlage 1 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.30-06	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.30-07	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft und bewertet.

5.30-08	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.
5.30-09	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.30-10	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.

5.30-11	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.
5.30-12	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.30-13	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.
5.30-14	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.30-15	Anlage 2 (Die Anlage 2 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.30-16	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.30-17	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.31-1	1.Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher,die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt.Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Es sind keine erheblichen Lärmemissionen durch Photovoltaikfreiflächenanlagen bekannt. Eine Beeinträchtigung der Tierwelt durch Schall ist daher nicht zu erwarten.
5.31-2	2.Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag" noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.31-3	3.Stellungnahmen des NABU Bereits in der Stellungnahme vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser ergab sich,dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind.Auf die beigefügte Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruchs gegen den B-PLan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlage wird unter der Nummer 5.31-05 bis 5.31-17 ausgewertet.

5.31-4	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz und der Bundesartenschutzverordnung. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfangreich geprüft und bewertet.
5.31-5	Anlage 1 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.31-6	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.31-7	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.

5.31-8	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.
5.31-9	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.31-10	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.

5.31-11	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.
5.31-12	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.
5.31-13	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.
5.31-14	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.

5.31-15	Anlage 2 (Die Anlage 2 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.31-16	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.31-17	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.32-1	1. Die Bebauungsplanvorentwürfe liegen zwar zur Einsicht für jedermann öffentlich aus, durch die Coronaproblematik hat aber nicht jeder Zutritt. Der Zeitraum ist auch zu kurz. Internet haben nicht alle Bürger und nicht alle kennen sich damit aus. Einen Computer oder Handy mit Zugang hat auch nicht jeder. Die Pläne liegen bis bis zum 03.12.2021 aus, aber Stellungnahmen sollen bis zum 03.12.2021 eingereicht sein.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB entspricht den Anforderungen gemäß § 3 Abs. 1 PlanSiG.
5.32-2	2. Es fehlt eine Aussagekräftige Übersichtskarte über die Gesamtheit der Anlagen im Bebauungsplangebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Vorhaben- und Erschießungsplan, der die Gesamtheit der Anlagen anzeigt, wird im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan erstellt.
5.32-3	3. Diese Pläne hatten schon längst im vorab mit den Bürgern diskutiert werden müssen, ehe mit den Firmen Verträge abgeschlossen werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Öffentlichkeit wurden im Rahmen einer Informationsveranstaltung im Sommer 2021 noch vor Vertragsabschluss bzw. Beginn des Planverfahrens über das Planvorfahren informiert.
5.32-4	4. Es fehlt auch eine richtige Planung der Erschließungsstraßen, nur über die Kippenstraße Mulkwitz bis Umspannwerk wird wohl nicht möglich sein, da die Firmen jeweils die kürzeren Wege benutzen und zerfahren werden, wie zur Zeit der Spremberger Weg. Außerdem müsste die Körnung der Aufträge begrenzt werden. (Größe des Schotters)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Realisierung wird über einen Durchführungsvertrag geregelt. Notwendige Kompensationsmaßnahmen werden im weiteren Planverfahren erarbeitet und dargelegt.

5.32-5	5. In den Planungen sind ca. 181ha naturnaher Waldumbau bzw. naturschutzfachliche Aufwertung im Bereich der B-Pläne. Hier ein kleiner Hinweis - wandert doch mal durch die Kiefernmonokulturen mit Blau - u. Preiselbeeren, Pilzen, Farnen, Heidekräutern, Gräsern, Winterlieb- und Wintergrünarten, Ginster, Kräutern, Buchen, Birken, kleinen und großen Eichen, Sträuchern, 10 - 15 Moosarten in Polstern, bewachsenen alten Bäumen und Baumwurzeln. Dort erlebt man Physiotherapie pur. Übrigens solch ein Wald speichert auf den qm 200l Wasser. Das wären nur in diesem teil 3.620.000l Wasser. Insgesamt gilt für die Pläne ein Geltungsbereich von 590ha, nicht alles Wald, aber... Außerdem bauen sich Monokulturen auch selber um, wenn man ihnen Zeit lässt. Dabei kann man sogar Geld sparen. Außerdem sind benachbarte Wald- und Heidegebiete schon als Naturschutzgebiet ausgewiesen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung werden faunistische und floristische Kartierungen durchgeführt. Im Umweltbericht sowie im Artenschutzfachbeitrag werden die Auswirkungen der Umsetzung der B-Planung auf die einzelnen Arten bzw. ihrer Lebensräume detailliert geprüft. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt.
5.32-6	6. Da die Kippen lose geschüttet wurden, die Ablaufrinnen teilweise zugewachsen sind, kann es durch schwere Transportfahrzeuge zu Rutschungen kommen.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der Sachverhalt betrifft nicht den vorliegenden Geltungsbereich und ist damit gegenstandslos.
5.32-7	7. In den Rändern der Schüttungen werden auch noch verschiedene Altlasten zum Vorschein kommen, die jetzt verwachsen sind. Da es zur Zeit des Aufbauens der Kippe keine Müllentsorgung gab und viele zu der Zeit die Häuser modernisierten, wurde manches einfach dorthin gebracht und überkippt.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der Sachverhalt betrifft nicht den vorliegenden Geltungsbereich und ist damit gegenstandslos.
5.32-8	Gesamtgesellschaftliche Aufgabe zum Erreichen der Klimaziele ist bei den Kommunen die Verantwortung zu entwickeln, Möglichkeiten zu suchen, um Strom ökologisch nah beim Verbraucher zu gewinnen. Solar gehört aufs Dach der Schule, Feuerwehr, Kita, Gemeinde, SKC, Dorfgemeinschaftshaus, Mauer und Damm in Trebendorf, später auch Rohne, Mu. Neue Häuser sollten in Sonnenrichtung bebaut werden. Über Solar an den Lärm- und Schutzanlagen gegen Staub habe ich schon mit der LEAG gesprochen. Die meinten, die Bergbaubeiräte wünschten nach dem Bergbau dieser Anlagen und deshalb kann man dort nichts nutzen. Arbeiter der LEAG waren jedoch der Meinung, ehe es soweit sei, wären die Solarmodule sowieso hinüber, denn das würde mindestens noch 20 Jahre dauern. Auch Rekultivierungsflächen könnte man nutzen, da muß man doch nicht ein zusammenhängendes Waldgebiet so zerstückeln mit Wegen, eingezäunten Flächen. Das ist doch Naturzerstörung pur.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Bestandsgebäude können aufgrund eines unzureichenden Tragwerkes nur eingeschränkt für Photovoltaik genutzt werden. Weiterhin können damit keine Flächen vergleichbarer Größe (in bezug auf die Fläche des Planvorhabens) erreicht werden. Die benannten Lärm- und Schutzanlagen befinden sich auf Flächen mit Bergrecht. Auf Flächen mit Bergrecht ist die Realsierung von baulichen Anlagen schwierig, die nicht im Betriebsplan aufgeführt sind. Zusätzlich ergeben sich Probleme durch die geotechnischen Anforderungen an den Boden, der Ausschluss von Flächen, die für Kompensationsmaßnahmen für den Tagebau vorgesehen sind und die noch ungeklärten Eigentumsverhältnisse aufgrund des noch ausstehenden Flurbereinigungsverfahrens.
5.32-9	Zukunft gestalten heißt auch Natur erhalten, Art 20a des Grundgesetzes. Von den Verantwortlichen erwarte ich, diesbezüglich mehr Verantwortungsbewusstsein für zukünftige Generationen, das heißt Enkeltauglichkeit, denn unsere Region hat doch wohl schon genug gelitten durch die Naturzerstörung des Kohleabbaus, Abbaggerung der Ortsteile.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Schutzgüter werden gemäß § 1 Abs. 6 BauGB abgewogen und das Planvorhaben entsprechend angepasst.

5.32-10	Hier hat man nicht nur den Menschen den Lebensraum eingeengt, sondern auch den Tieren. Vieles wurde ganz ausgerottet und vernichtet. Was einmal weg ist, kommt nicht so schnell wieder, deshalb liebe Gemeinderatsmitglieder, überlegt gut, ehe Ihr die Hand hebt, das letzte zusammenhängende Waldgebiet zerstören zu lassen, welches sich sehr gut für sanften Tourismus wie Wandern, Radeln, Reiten, Kutschfahrten eignen würde.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Für die Flächen des Planvorhabens sind Maßnahmen vorgesehen, die den Erholungswert steigern und im weiteren Planverfahren erläutert werden.
5.32-11	Ich kenne noch den alten Wald mit seinen Schätzen wie Pilze und Beeren ohne Ende, habe das Schütten der Kippe, das Erheben und Wachsen des Kippenbodens erlebt. Besondere Verdienste hat sich dabei (... Namen aus Datenschutzgründen nicht aufgenommen) mit Vater und Sohn und vielen fleißigen Waldarbeitern und Engagierten erworben. Auch in ihrem Gedenken müssen wir das unter besonderen Schutz stellen, was durch sie für die Nachwelt angelegt wurde. (... Namen aus Datenschutzgründen nicht aufgenommen) hat dort vieles ausprobiert, was sicher heutigen Rekultivierungen nutzt. Ich erinnere mich noch, als er Kollegen und Schülern der Schulen der umliegenden Dörfer mit Stolz seine "Gräser Versuche" an den Hängen zwischen Hoch- und Ostkippe erklärte. Diese fingen gerade in verschiedenen grünen Farbnuancen zu keimen und zu wachsen an. Stolz erzählte und zeigte er, wie er Ameisen hochgebracht hat. Die ersten drei Teiche am Rohner Rand trockneten zwar noch aus. Aber man konnte auch oben im Wald bald Körbe voller Pilze sammeln und konnte wunderschöne Blicke auf die Dörfer bis zur Schleifer Kirche, Rohne, Mulkwitz und weiter Ostwärts erleben. Aber auch Trauriges mussten wir mitansehen, als zwei Rohner Frauen, die dort am Hang arbeiteten, 1974 ums Leben kamen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.32-12	Wo soll auch später mal Holz geerntet werden, wenn man heute alles zubaut?	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Holz als Wirtschaftsfaktor hat keinen nennenswerten Stellenwert in der Gemeinde.
5.33-01	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.33-02	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.33-03	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.33-04	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.

5.33-05	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.33-06	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.33-07	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.33-08	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.

5.33-09	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.33-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.33-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.33-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.

5.33-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.33-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.33-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.33-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.

5.33-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.33-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.33-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.33-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.33-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.33-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.34-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.34-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.34-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.34-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.34-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.34-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.

5.34-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.34-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.34-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.

5.34-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.34-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.34-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.34-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.

5.34-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.34-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.34-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.34-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.34-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.34-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.34-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.34-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.

5.34-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.35-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.35-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.35-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.35-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.35-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.35-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.35-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.

5.35-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.35-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.35-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.35-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.

5.35-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.35-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.35-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.35-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.35-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.

5.35-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.35-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.35-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.35-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.35-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.35-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.36-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.36-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.36-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.36-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.36-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.36-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.

5.36-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.36-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.36-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.

5.36-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.36-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.36-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.36-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.

5.36-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.36-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.36-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.36-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.36-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.36-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.36-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.36-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.

5.36-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.37-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.37-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.37-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.37-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.37-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.37-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.37-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.

5.37-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.37-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.37-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.37-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.

5.37-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.37-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.37-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.37-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.37-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.

5.37-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.37-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.37-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.37-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.37-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.37-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.38-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.38-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.38-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.38-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.38-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.38-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.

5.38-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.38-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.38-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.

5.38-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.38-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.38-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.38-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.

5.38-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.38-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.38-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.38-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.38-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.38-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.38-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.38-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.

5.38-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.39-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.39-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.39-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.39-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.39-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.39-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.39-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.

5.39-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.39-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.39-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.39-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.

5.39-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.39-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.39-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.39-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.

5.39-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.39-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.39-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.39-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.

5.39-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.39-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.39-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.40-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.40-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.40-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.40-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.

5.40-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.40-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.40-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.40-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.40-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.

5.40-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.40-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.40-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.40-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.

5.40-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.40-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.40-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.40-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.40-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.40-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.40-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.40-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.

5.40-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.

SN-Nr.	Anregungen/Bedenken/Hinweise	Status	Antwort/Handlung/Begründung
5.41-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.41-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.41-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.41-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.41-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.41-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.41-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.

5.41-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.41-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.41-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.41-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.

5.41-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.41-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.41-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.41-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.

5.41-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.41-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.41-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.41-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.

5.41-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.41-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.41-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.42-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.42-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.42-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.42-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.

5.42-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.42-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.42-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.42-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.42-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.

5.42-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.42-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.42-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.42-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.

5.42-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.42-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.42-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.42-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.42-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.42-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.42-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.42-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.42-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.43-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.43-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.43-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.43-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.43-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.43-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.

5.43-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.43-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.43-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.

5.43-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.43-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.43-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.43-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.

5.43-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.43-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.43-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.43-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.43-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.43-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.43-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.43-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.43-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.44-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.44-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.44-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.44-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.44-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.44-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.

5.44-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.44-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.44-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.

5.44-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.44-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.44-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.44-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.

5.44-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.44-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.44-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.44-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.44-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.44-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.44-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.44-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.

5.44-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.45-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.45-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.45-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.45-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.45-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.45-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.45-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.

5.45-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.45-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.45-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.45-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.45-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.

5.45-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.45-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.45-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.45-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.

5.45-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.45-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.45-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.45-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.45-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.45-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.46-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.46-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.46-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.46-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.46-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.46-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.

5.46-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.
5.46-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.46-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.

5.46-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.46-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.46-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.
5.46-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.

5.46-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.46-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.46-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.46-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.46-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.46-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.46-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.46-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.

5.46-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.47-1	1.Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher,die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt.Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Es sind keine erheblichen Lärmemissionen durch Photovoltaikfreiflächenanlagen bekannt. Eine Beeinträchtigung der Tierwelt durch Schall ist daher nicht zu erwarten.
5.47-2	2.Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag" noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.47-3	3.Stellungnahmen des NABU Bereits in der Stellungnahme vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser ergab sich,dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind.Auf die beigefügte Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruchs gegen den B-PLan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlage wird unter der Nummer 5.29-05 bis 5.29-17 ausgewertet.
5.47-4	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz und der Bundesartenschutzverordnung. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.
5.47-5	Anlage 1 (Die Anlage 1 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.47-6	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.47-7	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.

5.47-8	Anlage 2 Da es sich bei der Errichtung von PVFA um je nach Größenordnung mehr oder weniger starke Eingriffe in Natur und Landschaft handelt, gilt es von Seiten der Planungshoheit in den Gemeinden regulierend zu wirken. Gerade in der von Braunkohleförderung geprägten Lausitz stand und steht die historisch gewachsene Kultur-Landschaft unter einem extremen Nutzungsdruck bzw. aktuellen Investitionsdruck.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.47-9	Um diesen Druck zu reduzieren und die Handlungssouveränität wieder zu erlangen wird der Gemeinde Schleife empfohlen selbst einen Plan bzw. Rahmen zum umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens werden sich die entsprechenden Investoren finden, welche den planmäßigen Ausbau umsetzen. Aktuelle Investoren können das Planungsvakuum zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen ausnutzen. Dabei besteht m. E. kein zwingender Handlungsbedarf die vorhandenen Angebote anzunehmen. Die Investoren benötigen lediglich ein entschiedenes Ja oder Nein zur Fortführung oder zum Abbruch ihres Anliegens. Die Abwägung zur Errichtung von PVFA betrifft nicht nur die Umweltbelange sondern auch mittelfristige ökonomische Kenngrößen. So ließe ein genossenschaftliches Modell die Einsparung von elektrischer Energie als auch die möglichen Einnahmen in der eigenen Gemeinde zum Gemeinwohl beitragen. Die Bürger fühlen sich für die eigenen Anlagen verantwortlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung kann deutlich zunehmen. Voraussetzung ist die Einbindung der interessierten Bevölkerung während der Planungsphase. Nehmen sie die Bürger in die Verantwortung. Der NABU Weißwasser empfiehlt in diesem Zusammenhang das Heft des Bundesamtes für Naturschutz (Heiland 2020) und die Methoden der „kollaborativen Demokratie“ (Rohr 2012). Der Freistaat Sachsen erstellt derzeit eine Photovoltaik- und Freiflächen-Verordnung (PVFVO), welche voraussichtlich Ende dieses Jahres in Kraft tritt. In dieser Verordnung wird die Öffnungsklausel im EEG 2021 für die Nutzung von Flächen auf Acker und Grünland in benachteiligten Regionen in Landesrecht umgesetzt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt. Darüber hinaus wurde im Vorfeld des Planverfahrens eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
5.47-10	Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes Die Errichtung einer PVFA ist nicht grundsätzlich mit der Verschlechterung des Ausgangszustandes verbunden. Deshalb gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung des NABU (2010).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Im weiteren Planverfahren werden anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und einem Umweltbericht die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage geprüft.
5.47-11	Priorität in der Errichtung haben für den NABU Photovoltaik-Anlagen entsprechend des ersten Segments des EEG 2021: 1. auf einer sonstigen baulichen Anlage, die zu einem anderen Zweck als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist, oder 2. auf einer Fläche, a) die … bereits versiegelt war, b) die … eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war, c) die … längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 200 Metern … errichtet werden …, d) die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet …, e) die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder § 9 der Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, …, f) für die ein Verfahren nach § 38 Satz 1 des Baugesetzbuchs durchgeführt worden ist, g) die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist, … Konversionsflächen mit anerkanntem, hohem naturschutzfachlichen Wert werden vom NABU nicht priorisiert. Auch Verkehrswege mit geringer Bedeutung werden nicht priorisiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich. Das Planvorhaben entspricht dem aufgeführten Punkt c.

5.47-12	Deutlich dahinter ist die Anlage einer PVFA möglich auf Flächen: h) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt oder i) deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in Buchstabe a bis g genannten Flächen fällt. Bei dem unter Buchstaben h) und i) genannten Ackerland und Grünland in benachteiligten Gebieten muss es sich um intensiv genutzte Flurstücken ohne naturschutzfachlichen Wert handeln. Ein konventioneller, intensiv genutzter Acker kann eine große Belastung für Umwelt und Natur darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.47-13	Unabhängig von der naturschutzfachlichen Einschätzung von Freiflächen besteht das Hauptproblem der Zerschneidung der Landschaft für größere flugunfähige Tiere (und den Menschen) weiterhin. Außerdem kommt es für einige Tierarten zu einer strukturellen Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensräume (Habitate). Für solche Tierarten verkleinert sich der Lebensraum in einer sowieso schon stark fragmentierten Landschaft. Größere Landtiere dienen außerdem als Verbreitungs-Vektoren für anhaftende Tierarten als auch Diasporen von Pflanzen. Große Wildtiere schaffen durch ihre „Tätigkeiten“ (wühlen, treten, kratzen etc.) außerdem wichtige Strukturen für diverse andere Tierarten und Pflanzen.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Für den B-Plan-Entwurf wird ein Artenschutzfachbeitrag erstellt, der mögliche Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG beinhaltet. Hier werden die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten auf Basis von Kartierungen detailliert geprüft.
5.47-14	Ausschluss in der Standortwahl: - in Schutzgebieten (Ausnahmen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten möglich) sowie in Wuchs- und Fundorten besonders oder streng geschützter Arten des BNatSchG und der Bundesartenschutzverordnung sowie von Rote-Liste-1 und -2-Arten, - in Kompensationsflächen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen, entlang von natürlichen/naturnahen Gewässern, - in Hochertragsstandorten, - auch auf Rast-, Nahrungs- und Brutgebieten streng geschützter Vogelarten, - in Waldflächen Vermeidung/Begrenzung - in großflächig ungestörten und unzerschnittenen Landschaften = kein naturschutzfachlicher Mehrwert - zwingend Bebauungsplan mit naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung - in einem IBA (Important Bird Area) oder faktischem Vogelschutzgebiet (Durchführung der UVP in Anlehnung an EU-Vogelschutzrichtlinie zwingend erforderlich) - bei Gefahr von Sichtbeeinträchtigungen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Kriterien des NABU haben keine rechtliche Bindungswirkung für das vorliegende Planvorhaben. Die Standorteignung ergibt sich anhand der technogenen und anthropogenen Überprägung dr Fläche bzw. ihrer Lage an einer Bahnstrecke. Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan wird die Standorteignung anhand der eingegangenen Stellungnahmen entsprechend konkretisiert.
5.47-15	Einschätzung der Vorhaben Außenhalden Mulkwitz In den vorliegenden Anträgen der Investoren schätzt der NABU Regionalgruppe Weißwasser ein: - dass es sich um Vorhaben in der freien, weitgehend unzerschnittenen und ungestörten Landschaft handelt, somit um Flächen mit hohem Habitat-Potenzial für große und seltene Tier- und Pflanzenarten. Es handelt sich in keinem Fall um prioritär bewertbare Anlagen. - in einem Vorhaben Waldflächen in Anspruch genommen werden (Ausschlusskriterium). Für diese wird ein geringer naturschutzfachlicher Wert angenommen. Dem NABU liegen hierzu keine validen Daten vor. Auch gibt es keine Scoping-Unterlagen, die den Untersuchungsrahmen für eine naturschutzfachliche Einschätzung erkennen lassen. - die Großflächigkeit des Vorhabens einen großen Eingriff in die Landschaft darstellt. - die Vorhaben sind unbedingt zu einer Verbesserung für Natur und Umwelt beitragen. - dass es sich bei der vom Vorhaben betroffenen Landschaft nach vorliegenden eigenen und fremden Datengrundlagen um für die Natur wertvolle Habitate seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten handelt. - dass die tatsächlich vorliegende starke anthropogene Überprägung des Gebietes in Form von aufgeschütteten, bergbaubedingten Halden nicht das prioritäre Kriterium einer gewerblichen Konversionsfläche erfüllt (siehe hoher naturschutzfachlicher Wert).	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im weiteren Planverfahren werdem anhand einer artenschutzrechtlichen Prüfung und eines Umweltberichtes die Auswirkungen der Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage hinsichtlich der benannten Sachverhalte geprüft und bewertet.

5.47-16	Nach Auffassung des Verfassers sind die vorliegenden Anträge für die Vorhaben auf und an den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen Vorentwurf und um keinen Entwurf. Der Entwurf zum Bebauungsplan wird erst im weiteren Planverfahren erstellt. Im Rahmen der Entwurfserstellung zum Bebauungsplan werden die möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter umfangreich geprüft und bewertet.
5.47-17	Auf die ökologische Ausgestaltung einer Anlage, Hinweise zum Betrieb und Bau einer Anlage, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder ein Naturschutzkonzept möchte ich an dieser Stelle noch nicht eingehen. Dies wird erst in späteren Planungsschritten relevant. Bitte wägen sie sachlich, zukunftsorientiert und aus einer starken Position heraus über die Vorhabensanträge ab.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Keine Änderungen erforderlich.
5.47-18	Anlage 2 (Die Anlage 2 enthält auf den Seiten 10 bis 12 eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen des Geltungsbereiches.)	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.47-19	Schlussfolgerungen Insgesamt konnten außerhalb von Siedlungen im Gebiet der von Natur aus nährstoffarmen Altmoränen im Nordosten Sachsens zahlreiche äußerst extensiv genutzte Biotope erfasst werden. In ihrem Komplex kann dieser Bereich der Landschaft als wertvoll und potenziell sehr wertvoll bezeichnet werden. Die Erfassung der Brutvögel und der Wirbellosen dürfte ein schlüssigeres Bild des Wertes ergeben als die bloße Erfassung der Biotope und der Flora. Der Bereich wird nicht durch stark frequentierte Straßen und Bahntrassen zerschnitten, liegt ausreichend entfernt zu den Siedlungen, wodurch störungsempfindliche Tierarten wie der Wolf, der Kranich und der Seeadler hier vorkommen.	Einwand wird berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend geprüft und bewertet. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der unteren Naturschutzbehörde und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Die Ergebnisse der Kartierungen werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
5.47-20	Aus Sicht des NABU e.V. ist dieser Ausschnitt der Landschaft ausgeschlossen für großflächige PVFA, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. PVFA in der ursprünglich beantragten Größenordnung zerschneiden die Landschaft in einem nicht verträglichen Maße und verändern die Qualität nach derzeitigem Stand deutlich zum Negativen. Dies schließt eine Errichtung von PVFA nicht grundsätzlich aus. Es ist eine Frage der Dimension und der Detailgestaltung.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist ein zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung konkurrierender Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen der bestehenden Landschaft berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet.
5.48-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.48-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.48-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.48-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.48-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.48-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.48-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.

5.48-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.48-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.48-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.48-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.48-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.

5.48-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.48-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.48-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.48-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.
5.48-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

5.48-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.48-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.48-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.48-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.48-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.

5.49-1	1. Angrenzung an Biotop „Weißer Berg“ westlich/Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“ südwestlich Das Ökosystem der betreffenden Fläche ist als Einheit zu sehen mit dem Biotop „Weißer Berg“ und angrenzender Freiheideflächen (Landschaftsschutzgebiet „Spreelandschaft Schwarze Pumpe“). Die vorgelegte Planung sieht eine angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt, insbesondere sei hier das Neustadt-Spremberger Wolfsrudel genannt, dessen Wurfhöhlen sich im Bereich „Weißer Berg“ und der sogenannte Rendezvousplatz sich zwischen „Weißer Berg“ und Außenhalde West befinden. Die gesamte Rudelstruktur würde durch diese Baumaßnahme zerstört werden.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife" hat einen Abstand von mindestens 800 m zu dem Biotop "Weißer Berg". Demzufolge liegt keine angrenzende Bebauung vor. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".
5.49-2	2. Angrenzung an Naturschutzgebiet „Schleife“ nördlich Die vorgelegte Planung sieht eine direkt angrenzende Bebauung vor. Aus Artenschutzgesichtspunkten und gesetzlichen Gründen ist eine Bebauung direkt angrenzend nicht zulässig. Insbesondere der Wechsel verschiedenster Tierarten wird dadurch nachhaltig unterbrochen, was einen schwerwiegenden, massiven und nachhaltigen Eingriff in den Lebensraum darstellt. Das Planungsgebiet befindet sich in einem kompakten Waldgebiet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die vorgebrachten Einwände werden im weiteren Verfahrensverlauf berücksichtigt. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.49-3	3. Erosion im Bereich Hang Westhalde Aus den Planungsunterlagen geht hervor, dass der Westhang der Außenhalde Mulkwitz teilweise in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich, als Böschung bezeichnet, stellt einen besonders sensiblen Bereich in Hinblick auf Erdbewegungen infolge Erosion dar. Zisternen, Löschteiche, Gewicht der Anlage, Zerstörung der Bodenschichten durch Rodung und anschließendes Einbringen der Halteanlagen- Steigerung der Erdrutsch- und Bodenbewegungsgefahr! In der Konzeption ist vermerkt, dass die Gründung der Modultische mittels Rammpfosten erfolgt. Die Einbindetiefe im Boden würde noch ermittelt werden. Wegen der Gefährdung der Stabilität der aufgeschütteten bergbaulichen Abraummassen ist das Einbringen von Erschütterungen in die Halden massiv zu verhindern. Folglich sind keine Gründungsmaßnahmen, die Erschütterungen an den Boden in großem Umfang übertragen, anzuwenden. Möglich wäre eventuell der Einsatz von erschütterungsärmeren Bohrverfahren. Rammpfosten sind zu verhindern. Ein Gutachten eines vom Bergamt berufenen Sachverständigen für Geotechnik ist im Rahmen des Verfahrens anzustreben.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Keine Änderungen erforderlich. Die Flächen der Sondergebiete für Photovoltaik des vorliegenden Geltungsbereiches befinden sich auf flachem Gelände. Die vorgebrachten Einwände betreffen das westliche Sondergebiet EE im Geltungsbereich "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West".

5.49-4	4. Verändertes Fließverhalten Regenwasser/Erosion Unter Abschnitt 5.1.6 „Flächen- oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ steht nachfolgende Erläuterung: Die Umsetzung der PV-Anlage mittels Rammpfosten und ohne Einbetonierung reduziert die Versiegelung auf ein notwendiges Maß und gewährleistet eine breitflächige Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers innerhalb des Geltungsbereiches. Anlagen zur Fassung, Behandlung, Rückhaltung und Einleitung von Niederschlagswasser in technischen Anlagen oder in Vorfluter sind daher nicht erforderlich. Es kann nicht sein, dass an vielen Stellen die gleichen kopierten Formulierungen in jedem B-Plan erscheinen. Der einfachen Festlegung, dass keine Anlagen zum Umgang mit Niederschlagswasser notwendig sind, wird widersprochen, weil Starkniederschläge auch in Sachsen mindestens 2002, 2010 und 2013 geschehen sind. Für die Zukunft werden sie eher zunehmen. Ereignisse wie 2021 in Westdeutschland können sich wiederholen. Dann fließt der Niederschlag sofort in vollem Umfang von den Glasflächen ab und verursacht entsprechende Schadwirkungen in der Umgebung.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die Auswirkungen von Starkregen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. voranggeganges Wetter Bodenbeschaffenheit, Grundwasserstand. Demzufolge sind die PVFA mindestens nicht allein für mögliche negative Auswirkungen in Bezug auf Starkregenereignisse zu verantworten. Zusätzliche Maßnahmen zur Niederschlagswasserableitung sind nicht erforderlich und werden nicht vorgesehen. Die Übernahme identischer Absätze in den Begründungen der einzelnen Bebauungspläne "Photovoltaikfreiflächenanlage Umspannwerk Schleife", "Photovoltaikfreiflächenanlage Bahnstrecke Schleife", und "Photovoltaikfreiflächenanlage Außenhalde Mulkwitz West" resultiert daraus, dass mit den jeweiligen Bebauungsplänen identische Planvorhaben beabsichtigt sind.
5.49-5	In der Vergangenheit kam es zu Erosionen. Grundlegend ist der Boden anfällig. Stellenweise sind erhebliche Höhenunterschiede (Böschungen) vorhanden. Momentan enthält der B-Plan keine Auflagen zum Schutz. Hier ist eine umfangreiche Verbesserung erforderlich. Wegen der Klimaänderung sollte zusätzlich versucht werden, das Wasser aus Niederschlägen so lange wie möglich in den Biotopen der Umgebung zu halten. Da ist unverständlich, dass kein Bezug zu bereits existierenden, meist künstlich geschaffenen Wasserflächen und Reservoire genommen wird.	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Der vorhabenbezogene Bebauungsplan befindet sich ausschließlich in flachem Gelände. Bei den vorhandenen Wasserflächen handelt es sich um zwei Löschwasserteiche der Gemeinde Schleife. Diese werden im weiteren Planverfahren im Zuge der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Die Begründung enthält keine Angaben zur Einleitung des Niederschlagswassers in vorhandene Wasserflächen, sondern verweist auf die natürliche Versickerung im Boden.
5.49-6	Die Pläne machen in keiner Weise den Eindruck, dass eine Anpassung an und Harmonisierung mit der umgebenden Landschaft angestrebt wird.	Einwand wird berücksichtigt.	Hinweis wird berücksichtigt. Detaillierte Angaben zur Integration des Planvorhabens in die umgebende Landschaft werden im Rahmen des weiteren Planverfahrens erarbeitet.
5.49-7	5. Stellungnahmen des NABU/Grünplan Hoffmann Bereits in der Stellungnahme/Handreichung vom 26.04.2021 des NABU Weißwasser (Anlage 3/per mail) ergab sich, dass die Vorhaben an und auf den Außenhalden Mulkwitz nicht genehmigungsfähig sind. Des Weiteren wurde seitens des Büro Grünplan Hoffmann eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen per 20.07.2021 erstellt (Anlage 4/ per mail), welches zumindest die Errichtung von PVFA in den beantragten Dimensionen ausschließt, da sie keinen Mehrwert aus naturschutzfachlicher Sicht bieten können. Auf die der Dokumentation beigefügten Flora-Artenliste verweise ich und mache diese ebenfalls ausdrücklich zum Gegenstand meiner Stellungnahme und meines Widerspruches gegen den B-Plan. Insbesondere das Fazit des Gutachtens ist zu beachten (Anlage 4). (Anmerkung: Die Anlagen 3 und 4 liegen vor und beinhalten eine Stellungnahme NABU vom 26.04.2021 und eine Dokumentation der Biotope und Pflanzenvorkommen innerhalb des Geltungsbereiches vom 20.07.2021. Die Anlagen befinden sich am Ende der Stellungnahme.)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Die Anlagen werden am Ende der Stellungnahme ausgewertet.

5.49-8	6. Brandschutz Das Gebiet unterliegt der Gefährdungsklasse A1 Waldbrandgefährdung (höchstmögliche Gefährdung) und ist bereits jetzt von extremer Trockenheit gezeichnet. Eine Bebauung mit Photovoltaikanlagen würde das Problem weiter verschärfen aufgrund von Versiegelung, Erhöhung der Bodentemperatur etc. Die notwendige Installation von brandschutztechnischen Anlagen (Zisternen, Löschteiche) würde einen zusätzliche, bisher noch nicht aufgeführte, Zerstörung von Natur nach sich ziehen. Eine parallel der Bahnlinie verlaufende und im Baugebiet befindliche Gastrasse verschärft das Problem erheblich, da dafür gesonderte und massivere Brandschutzvorkehrungen getroffen werden müssen. In den Planungsunterlagen wird gar nicht auf diese Problematik eingegangen.	Einwand wird berücksichtigt.	Das Brandschutzkonzept wird im weiteren Verfahrensverlauf erarbeitet.
5.49-9	7. Lärmbelästigung Der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen geht mit einer nicht unerheblichen Geräuschentwicklung einher, die eine nachhaltige Störung der dort lebenden Individuen darstellt. Dies wurde so auch anlässlich einer Infoveranstaltung bezüglich eines weiteren geplanten Vorhabens seitens der Investoren bestätigt. Hier ist der mögliche Einfluss/Störcharakter auf die Tierwelt zwingend zu prüfen. Hierzu ist eine sachverständige Begutachtung notwendig im Sinne des BImSchG.	Einwand wird berücksichtigt.	Schallemissionen sind vor allem während der Bauzeit durch die eingesetzten Baumaschinen zu erwarten.Betriebsbedingte Emissionen sind auch durch die Wechselrichter bzw. Trafos oder durch die Nachführung der Module mittels Elektromotoren zu nennen. Wechselrichter sind hinsichtlich der Lärmemissionen jedoch als weitgehend unproblematisch einzustufen (Abschirmung) und auch die Geräusche der Elektromotoren liegen in keiner umweltrelevanten Größenordnung. Potenzielle Lärmbelästigungen werden im Umweltbericht auf Basis von Literaturdaten beschrieben und bewertet.
5.49-10	8. Flora und Fauna Im Gebiet sind vermutlich Arten vorzufinden, die in den Artenschutzverordnungen des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland gelistet sind und teilweise akut vom Aussterben bedroht sind. Es ist anzunehmen, dass eine ähnliche Artenvielfalt wie im Gebiet der Westhalde vorliegt mit einer hohen Anzahl an streng geschützten Tier- und Pflanzenarten. Eine naturwissenschaftliche Begutachtung ist zwingend erforderlich. Die Vermutung der Arten ergibt sich schon aus dem Aspekt der direkten Angrenzung an das NSG Schleife, das Biotop Weißer Berg und die örtliche Nähe zum Naturraum Mulkwitzer Hochkippen. Die streng geschützte Pflanze Doldenwinterlieb kommt in großer Anzahl auf den geplanten Waldumbauflächen vor. Eine umfassende Begutachtung Flora und Fauna ist zwingend notwendig, um eine realistische Abwägung Schaden /Nutzen durchführen zu können.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Verfahrensverlauf untersucht. Die Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Umweltbericht untersuchen auf Basis der durchgeführten Kartierungen detailiert die Auswirkungen der Umsetzung des B-Plans auf die einzelnen Arten. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.
5.49-11	9. Wegeplanung/Schaffung von Voraussetzungen für die Bauphase Nach meiner Auffassung ist für die Bauphase eine umfassende Wegeplanung/Wegebau erforderlich, um die Baumaßnahmen in dem geplanten Umfang durchführen zu können. Dies ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich bzw. ist nicht ausreichend detailliert ausgeführt. Selbige ist aber für sich genommen schon ein enormer Eingriff in die bislang unzerschnittene und unberührte Landschaft und stellt daher allein schon einen Grund zur Ablehnung des Vorhabens dar.	Einwand wird berücksichtigt.	Der angeführte Sachverhalt wird im Rahmen der Naturschutzfachlichen Kartierungen berücksichtigt. Die Kartierungen werden in ihrem Inhalt und Umfang mit der UNB und ggf. weiteren Behörden abgestimmt. Anhand der Ergebnisse werden Eingriff, Kompensatsionsbedarf und die zur Kompensation vorgesehenen Maßnahmen entwickelt.
5.49-12	10.Umzäunung Es ist geplant, die PVFA komplett einzuzäunen. Somit wird das Gebiet für den Großteil der Tiere nicht mehr nutzbar. Eine Lösung des Problems ist aus den Planungsunterlagen nicht ersichtlich	Einwand wird berücksichtigt.	Die Ausgestaltung der Photovoltaikanlagen einschließlich ihrer Einfriedungen erfolgen in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sowie nach Bedarf mit weiteren Behörden, sodass eine ausreichende Berücksichtigung der wildlebenden Tiere erfolgt.

5.49-13	11. Waldrodung Die Planungsunterlagen zeigen, dass die Rodung einer großen Fläche Wald geplant ist, in dieser Planung betrifft das Plangebiet nahezu ausschließlich Waldflächen auf natürlichem und aufgeschüttetem Grund. Dies ist aus gesetzlichen Gründen, hier § 8 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) nur mit Genehmigung der Forstbehörde möglich und darf nur mit hinreichender Begründung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist hier der Fall. Auch die eingezeichneten Ausgleichsflächen unterliegen dem § 8 SächsWaldG. Eine Kompatibilität mit dem Gesetz konnte vom Planer nicht hinreichend dargestellt werden.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Hinweise werden im weiteren Planungsfortschritt berücksichtigt. Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Erzeugungsarten und damit auch der Photovoltaik. Bestärkt wird dies durch den Beschluss des sogenannten "Osterpaketes" durch die Bundesregierung. Dieses sieht im finalen Gesetzesentwurf der alsbald mit Verkündung in Kraft treten wird vor, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist und der öffentlichen Sicherheit dient. Die sich daraus ergebenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenso wie der § 8 WaldG als Bewertungsgrundlage für das Planvorhaben zu berücksichtigen. Der sich ergebende Bedarf einer Abwägung der wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers und den Belangen der Allgemeinheit erfolgt in enger Abstimmung mit der unteren Forstbehörde.
5.49-14	12. Geplante Ausgleichsflächen Die laut Bauplan skizzierten Ausgleichsflächen sehen einen Waldumbau in einem ca. 80-120 Jahre alten Altkiefernwald vor. Dieser Altkiefernwald, insbesondere Dainztoz-Flügel, stellt sich aus Natursicht völlig intakt dar. Unter anderem es hier eine hohe Anzahl an dem streng Doldenwinterlieb. Die geplanten sogenannten Ausgleichsflächen grenzen ebenfalls an das NSG Schleife. Im Plangebiet der sogenannten Ausgleichsflächen befindet sich ein offiziell kartierter besetzter Seeadler-Horst. Die aufgezeigte Planung sieht keine Ersatzpflanzung der gerodeten Waldflächen vor, sondern lediglich einen Waldumbau. Dieser Waldumbau stellt aus meiner Sicht einen Verstoß gegen §8 Sächsisches WaldG dar. Die geplanten Maßnahmen stellen einen weiteren schwerwiegenden Eingriff in dieses Waldgebiet dar und sind weder mit Naturschutz noch mit Klimaschutz erklärbar. Die vorgeschriebene Abwägung der Interessen fand nach meiner Auffassung bisher nicht statt.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist zwingender Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Das ist auch bei der Abbwägung von konkurrierenden Nutzungen zu berücksichtigen. Bei der Bewertung der Auswirkungen und auch der Festlegung möglicher Kompensationsmaßnahmen werden die genannten Funktionen des Waldes berücksichtigt und die Auswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Als Bewertungsgrundlage wird der § 8 WaldG mit herangezogen. Die erstellten Unterlagen werden anschließend in die Abwägung eingestellt. Die Flächen für Ausgleichspflanzungen für den Waldumbau werden im weiteren Verfahrensverlauf angepasst.
5.49-15	13. Mangelnde Transparenz Nach meiner Kenntnis wurde der zwischen der Gemeinde und dem Investor geschlossene „Städtebauliche Vertrag“ noch nicht im nötigen Umfang der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Ein Städtebaulicher Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger wurde aufgestellt. Eine Darstellung zum Vorentwurf ist nicht zwingend notwendig. Die wesentlichen Inhalte des Städtebaulichen Vertrages werden zum Entwurf in der Begründung erläutert.
5.49-16	14. Leitungsbau/Umspannwerke Aus den Planungen geht nicht eindeutig hervor, inwiefern Umspannwerke und notwendige Leitungstrassen vorhandene Naturflächen tangieren bzw. beeinträchtigen. Die notwendige Rodungsfläche/ für den Bau beanspruchte Naturfläche ist nach meiner Auffassung größer als in den Planungsunterlagen angegeben.	Einwand wird berücksichtigt.	Es ist ein Umspannwerk außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Diese Angabe sowie die Angaben zu den Leitungstrassen werden im weiteren Planverfahren in der Begründung und im VEP ergänzt.

5.49-17	15. Mögliche Formfehler Ich möchte hier die fehlenden Vorbeschlüsse der betroffenen Ortschaftsräte anführen, sowie die angeblich durchgeführte Bürgerversammlung im Ortsteil Mulkwitz im Oktober 2020. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises Görlitz wurde schriftlich mitgeteilt, dass von der Gemeinde Schleife die Information durchgestellt wurde, dass diese Vorbeschlüsse im August 2020 und diese Bürgerversammlung im Oktober 2020 durchgeführt wurde. Die Investoren selbst bekundeten jedoch offiziell erst im November 2020 ihr Interesse an den Flächen und die Anträge auf Aufstellungsbeschluss für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne wurden erst im Jahr 2021 gestellt!	Einwand wird nicht berücksichtigt.	Die angeführten Vorbeschlüsse beziehen sich nicht auf das Planvorhaben des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Durch die Gemeinde wurde mitgeteilt, dass der Ortschaftsrat Mulkwitz sich mit der Interessenbekundung eines Investors für die Hochkippe Ost auseinandergesetzt hat bzw. es zu dieser Anfrage eine Einwohnerinformationsveranstaltung gab. Die Hochkippe Ost ist nicht Gegenstand des vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.
5.49-18	16. Alternativen Unter 2.4 der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden Standortalternativen erörtert. Diese sind subjektiv aus Sicht des planenden Investors geschildert. Die Entscheidung der Verwaltung kann nicht aufgrund einer einseitig geschilderten Situation eines wirtschaftlich motivierten Unternehmens getroffen werden, sondern immer – und so ist es gesetzlich auch immer wieder betont – in Abwägung der Interessen der Allgemeinheit. Hierzu verweise ich insbesondere auch auf die Punkte „Naherholungsgebiet“ und „Waldrodung“ etc. Eine, durch mich allerdings hier ausdrücklich bestrittene, weil nicht belegte, Verpflichtung der Gemeinde zur Ausrichtung auf erneuerbare Energien besteht nicht. Davon unbenommen stehen der Installation von erneuerbaren Energien durch andere Investoren auf anderen Flächen, die dem Begriff „erneuerbare Energien“ gerecht werden, weil sie naturschutzrechtlich konform geplant werden, nichts entgegen.	Einwand wird berücksichtigt.	Der Einwand wird berücksichtigt und die Standortalternative konkretisiert. Die einzelnen, unter § 1 Abs. 6 BauGB benannten Belange werden im Zuge des Planverfahrens sachgerecht abgewogen. Die Planunterlagen werden entsprechend den Ergebnissen angepasst.
5.49-19	17. Negative Auswirkung des Tagebau Nochten sowie bereits vorhandene großdimensionierte Naturzerstörung im Gemeindeumfeld Die Gemeinde Schleife hat im Besonderen, wenn nicht sogar in herausragendem Maße mit den Folgen von Umweltzerstörung zu kämpfen - durch den südlich das Gemeindegebiet tangierenden, nach jetzigen Plänen bis 2038 fortlaufenden Tagebau Nochten. Durch diesen Tagebau kam und kommt es zu großflächigen Wald- und Naturzerstörungen, zu Veränderungen des Wasserhaushalts mit gravierenden Folgen, zu Lärm- und Staubbelästigung, zu klimatischen Auswirkungen und führt zudem dazu, dass den Bürgern große Flächen als Naherholungsgebiet genommen werden. Aus diesem Aspekt allein ergibt sich eine besondere Schutzwürdigkeit der noch vorhandenen Natur auf dem Gebiet der Gemeinde Schleife und eine hohe Verantwortung gegenüber den Bürgern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die vom Tagebau in Anspruch genommenden Flächen werden nach Abschluss des Kohleabbaus für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt. Flächen die durch den Tagebau in Anspruch genommen werden, werden entsprechend kompensiert. Die Schutzwürdigkeit der durch das Planvorhaben betroffenen Flächen wird im Umweltbericht geprüft und bewertet.
5.49-20	18.Wanderungsverhalten der Wildtiere aus dem Tagebauvorfeld Große Wildbestände, die im jetzigen Tagebaugebiet lebten, wanderten und wandern in das Areal der Mulkwitzer Außenhalden und die umliegenden Waldgebiete und nutzen diesen als neuen Lebensraum. Mit einer Umsetzung des Bauvorhabens würde diesen Tieren dieser Rückzugsort genommen werden. Eine eingehende Untersuchung und Begutachtung der Auswirkungen ist zwingend erforderlich und wurde bisher nicht ausreichend bzw. gar nicht beachtet.	Einwand wird berücksichtigt.	Die Darstellung der durchgeführten Kartierungen und die Berücksichtigung der ansässigen Flora und Fauna erfolgen im weiteren Verfahrensverlauf in der Unterlage zur Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie im Umweltbericht. In die Bewertung fließen mögliche Vermeidungsmaßnahmen und MInimierungsmaßnahmen mit ein, so dass die Auswirkungen auf die genannten Aspekte auf ein Minimum beschränkt werden. Demgegenüber stehen die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen mit der Aufwertung von Bestandsflächen.

5.49-21	19. Mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens Eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Bürger des Schleifer Kirchspiels fand nicht statt. Insbesondere die hohe emotionale Bindung vieler Bürger wurde nicht berücksichtigt. Viele Bürger waren bei der Gestaltung des Areals aktiv beteiligt. Die Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Mulkwitzer Hochkippen“ sammelte bisher ca. 800 handschriftliche Unterschriften gegen jegliche Bebauung das Ökosystems Mulkwitzer Hochkippen und der angrenzenden Waldgebiete und in einer Online-Petition kommen nochmal 2700 Unterschriften gegen die Baupläne hinzu. Gerade das Gebiet der Mulkwitzer Hochkippen hat eine hohe emotionale Bindung und unter Berücksichtigung aller Gründe muss einer Bebauung des Gebietes entschieden widersprochen werden. Eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und ein ernsthafter Interessenkonflikt, basierend auf einem Bauvorhaben, welches keinen Mehrwert für unsere Bürger beinhaltet, ist in der Form nicht hinnehmbar.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Die Planvorhabenfläche wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung bisher nicht oder nur vereinzelt zu Erholungszwecken genutzt. Es bestehen keine bekannten Wanderrouten oder Ausschilderungen zu der Fläche, ausgehend von der Gemeinde Schleife. Die Fläche ist über 2,5 km entfernt von der nächten Siedlung der Gemeinde Schleife. Demzufolge kann die Aussage zu der hohen emotionalen Bindung gegenwärtig schwer nachvollzogen werden. Die angeführten Unterschriften wurden durch die Gemeindeverwaltung geprüft. Dabei zeigte sich, dass Unterschriften teilweise doppelt abgegeben wurden. Weiterhin stammen die Unterschriften zu großen Teilen von Einwohnern anderer Gemeinden. In Summe können schätzungsweise 100 Unterschriften aus der eigenen Gemeinde berücksichtigt werden. Zur Steigerung des Mehrwertes von dem Planvorhaben für die Bürger der Gemeinde Schleife ist eine finanzielle Beteiligung vorgesehen sowie Maßnahmen, die den Erholungswert der Planvorhabenfläche steigert.
5.49-22	Insgesamt betrachte ich das Planungsvorhaben als massiven Verstoß gegen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), der geltenden FFH-Richtlinie, des Waldgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen. Eine Naturzerstörung in dieser Größenordnung ist nicht zulässig und unter allen Umständen zu verhindern.	Einwand wird teilweise berücksichtigt.	Im Rahmen der Entwurfserarbeitung zum Bebauungsplan werden die Auswirkungen auf Natur und Landschaft umfassend nach den rechtlichen Vorgaben (u.a. BNatSchG und BArtSchV) geprüft und bewertet.